

Wöchentlich 50 Bl. monatlich RM 12.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,25 RM.
entsprechend 60 Dfg. Postgebühren und
12 Dfg. Postbesitzgebühren. Ausland-
abonnements 6.— RM. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Donnerstags und Sonntags
einmal, die Rheinischen Ausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“, „Militärfreund“, „Jugend-
unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lohn“, „Bild in die
Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Propaganda
des Bismarck, Kellner, etc. — Reichs-
macht, „Kleine Hefen“ des ent-
scheidenden Bismarck, jedes weitere Wort
12 Bismarck, Sitzungsberichte des
18 Bismarck, jedes weitere Wort
10 Bismarck, Worte über 12 Bismarck
sollen für zwei Worte, Arbeitsamt
12 Bismarck, Familienangelegenheiten
40 Bismarck, Angelegenheiten im Haupt-
geschäft, Bismarck 2, wochentlich
von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbesitzkonto: Berlin 37 585. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Di. u. Dis.-Gef. Depositenkassa Lindenstr. 3.

Kampf gegen Schacht!

Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch mit den Haager Beschlüssen und der allgemeinen politischen Lage. Als Ergebnis der Beratungen wurde nach mehr als fünfstündiger Sitzung folgender Beschluß gefaßt: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält an der währungspolitischen Unabhängigkeit der Reichsbank und den entsprechenden Schutzbestimmungen im Reichsbankgesetz unbedingt fest. Sie vermahnt sich jedoch aufs Schärfste gegen die Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in die Führung der deutschen Politik. Sie ist deshalb der Auffassung, daß die Staatsgewalt in der Demokratie einen maßgeblichen Einfluß auf die Ernennung und

Abberufung des Reichsbankpräsidenten und auf die Zusammensetzung des Generalrats haben muß. Da nach Annahme der Young-Gesetze die Möglichkeit zu einer Abänderung des Reichsbankgesetzes und zur Neuwahl des Reichsbankpräsidenten gegeben ist, hält die Fraktion ein Initiativgesetz für notwendig, durch das das Reichsbankgesetz entsprechende Sicherungen erhält. Sie beauftragt den Vorstand der Fraktion, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Am Mittwoch, dem 5. Februar, soll eine weitere Fraktions-sitzung stattfinden, in der die finanzpolitischen und sozialpolitischen Probleme zur Erörterung gestellt werden.

Primos Abschiedsbotschaft.

Berenguer für Neuwahlen. — Romanones hält sich zurück.

Madrid, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Primo de Rivera überreichte Pressevertretern nach in der Nacht zum Mittwoch ein *comunicado*, in dem es heißt, er bedaure zwar nicht, was er getan, wohl aber die Form, in der seine Demission erfolgte, da sie geeignet sei, im Ausland Alarmstimmung zu bereiten. Primo de Rivera dankt dann den Mitgliedern der Regierung für ihre Loyalität und selbstverständliche Haltung. Die Umstände hätten ihn gezwungen, sich von den Regierungsgeschäften zurückzuziehen. Nach wie vor glaube er, daß Spanien der „Diktatur einer verantwortlichen Persönlichkeit“ für die nächsten Jahre bedarf. Die diktatorische Gewalt könne ebensogut einer Zivilperson wie einem Offizier übertragen werden. Unter allen Umständen sei eine Zusammenarbeit beider vorauszusetzen. Er glaube an die Notwendigkeit des Fortbestandes der Diktatur. „Die Freiheit Spaniens müsse vorberhand noch durch Gendarmerie bewacht werden.“ Der General schließt mit einem Appell für inneren Frieden und Waffenstillstand zwischen den Klassen, dankt dem Heer, der Marine, der Presse und der Nationalversammlung für die Unterstützung, die sie ihm gewährt hatten und erklärt, er werde sich vorläufig zu einer längeren Ruhepause zurückziehen, dann aber werde er fortfahren, „dem Vaterland bis zum Tode zu dienen“.

Auch der neue Ministerpräsident, General Berenguer, empfing noch in der Nacht zum Mittwoch Pressevertreter und erklärte, die erste Sorge der neuen Regierung werde die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen sein. Das neue Kabinett werde seinen Treue-Eid noch vor Donnerstagabend leisten. Der Führer der Liberalen Partei, Graf Romanones, erklärte, es sei zwar noch nicht sicher, ob die Liberalen Minister in die neue Regierung eintreten würden, prinzipiell aber dürften sich niemand der Verantwortung entziehen, um so weniger, als die gesamten parteipolitischen Verhältnisse in Kürze sich wesentlich verschoben würden, da eine Rückkehr zu dem politischen System, das vor 1923 herrschte, unmöglich erscheine.

In ganz Spanien herrschte am Mittwoch Ruhe.

Berenguer, ein Strohmann des Königs.

Brüssel, 29. Januar (Eigenbericht.)

Oberst Macia, der Führer der katalonischen Revolutionsbewegung, der seit zwei Jahren zunächst in Belgien im Exil lebt, äußerte sich dem Berichterstatter des „Soz. Pressedienst“ gegenüber zu den Ereignissen in Spanien. General Berenguer, sagte er, ist offenbar nur ein Strohmann des Königs, der für seine Krone fürchtet, und ein persönliches Regime versuchen will. Unter dem Regime Primo de Riveras hat nämlich die republikanische Bewegung im ganzen Lande stark zugenommen und der König muß verumflücht seinen Anteil an dem Staatsstreik von 1923 in Vergessenheit geraten lassen.

Im übrigen glaubt Macia, daß sich in Spanien zunächst nichts wesentliches ändern wird. Vom Standpunkt der Katalonier, fuhr Macia fort, kommen die gegenwärtigen Ereignisse eigentlich etwas zu früh. Primo de Rivera hat für uns gearbeitet.

Noch einige Monate seiner Wirtschaft und der Sieg wäre uns belohnend mißglückt in den Schöpf gefallen.

Vierundzwanzig Stunden nach dem Rücktritt Primo de Riveras bleibt die Lage undurchsichtig. Fest steht, daß General Berenguer, der das Kabinett bilden soll, ein Anhänger des Königs ist und daß infolgedessen alle republikanischen Kreise — und das ist die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten — ihm Mißtrauen entgegenbringen. Der König hat den Militärputsch Primos vor sieben Jahren selber veranlaßt. Er hat die Aufhebung der Verfassung sieben Jahre lang geduldet. Er hat Primo bis zu dem Augenblick gehalten und gedeckt, wo ihn selbst die Angst um seine Krone gepackt hat. Es muß daher bezweifelt werden, ob ein wirklicher Kurswechsel im Sinne der wahren Demokratie eingeschlagen werden wird. Vielmehr ist die Skepsis derer begründet, die auf dem Standpunkt stehen, daß, solange sich die Monarchie in Spanien hält, eine tatsächliche Besserung und Reinigung der politischen Verhältnisse kaum zu erwarten ist. Das scheint auch die Auffassung weiter Kreise der hauptstädtischen Bevölkerung, die in ihrer Freude über das Ende der Diktatur die Republik hochleben lassen. Das scheint erst recht die Meinung der Katalonier zu sein, die von Barcelona aus seit jeher gegen das Königshaus noch viel schärfer agitiert haben als die übrigen Teile der Bevölkerung Spaniens. Ob die Losreisungsbestrebungen der katalonischen Republikaner, deren Führer der verbannte Oberst Macia ist, berechtigt sind, soll in diesem Augenblick nicht untersucht werden. Aber Macias Äußerungen, die wir oben wiedergeben, sind bezeichnend für die mißtrauliche Zurückhaltung, mit der die Gegner des spanischen Regierungssystems die Erhebung des Generals Primo de Rivera durch den General Berenguer beurteilen.

Einstweilen weiß man nur, daß die Zensur aufrechterhalten bleibt, und daß Berenguer für sein Kabinett zunächst an die konservativen Kreise appelliert hat, zum Beispiel an den Herzog von Alba und an den Sohn des früheren Ministerpräsidenten Maura, jenes katholisch-konservativen Fanatikers, unter dessen Regierung im Jahre 1909 die schmachvolle standesrechtliche Erziehung des Freidenkers Francisco Ferrer stattgefunden hat. Sollte demnach der „Kurswechsel“ nur darin bestehen, daß die Primo-Clique durch eine jenseitigen früheren Claque ersetzt wird, die einst das Land schamlos ausgebeutet haben?

Graf Romanones, der Führer der allerdings unzuverlässigen „Liberalen“, hat in subtilen Worten von der Unmöglichkeit gesprochen, zum Regime von 1923 zurückzukehren. Hält auch er die Uhr der Monarchie für abgelaufen und lehnt er es ab, sich an dieser Berenguerischen Rettungsaktion für die Monarchie zu beteiligen? Erst die nächsten Tage dürften über den wahren Sinn der spanischen Krise Klarheit schaffen.

Zusammenstöße in Barcelona.

Madrid, 29. Januar.

Blaumelungen aus Barcelona zufolge haben dort in den Morgenstunden des Mittwoch Zusammenstöße zwischen Studenten und der Polizei stattgefunden, wobei von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Man spricht von zehn Verwundeten. Eine Person soll schwer verletzt sein.

Moskaus letzter Trumpf.

Eine Belastungsprobe der Demokratie.

Von Karl Böchel.

Noch liegt das letzte tatsächliche Ziel der KPD im Verborgenen, aber eine Etappe auf dem befohlenen Weg ist deutlich sichtbar geworden und zwingt zu weiteren Schlüssen. Diese Etappe heißt: Verbot der Illegalität!

Um das Verbot zu erreichen, spielt die kommunistische Partei der Polizei Schriftstücke in die Hand, in denen sie sich selbst belastet; sie veranstaltet in allen Parlamenten, besonders in den Gemeinden, wilde Ständekämpfe wie zu Ruth Fischers Zeiten und provoziert Verschärfung der Geschäftsordnungen; sie hebt in ballenden Liebesbriefen jeden Tag zur rohen Gewalt, wobei sie den Angriff skrupellos auf bestimmte und namentlich genannte Führer der Sozialdemokratie konzentriert; sie belügt ihre eigenen Anhänger, indem sie ihnen Barrikadenkämpfe vorpiegelt, die nie stattgefunden haben; sie proklamiert eine neue revolutionäre Situation und weiß ganz genau, daß es nur ihr eigenes Geschrei ist, das in der großen Masse ohne jedes rebellische Echo bleibt; sie treibt schließlich kleine Gruppen erwerbsloser Arbeiter vor die Pistolenläufe der Polizei und wenn die Opfer tot auf der Straße liegen, versucht sie durch Protestkundgebungen und maßlose Hege bei der Beerbigung der Opfer den Zündstoff für neue Explosionen zu schaffen.

Und bei alledem weiß sie, daß von einer tatsächlich revolutionären Lage in Deutschland nicht gesprochen werden kann, daß im Gegenteil die offene und versteckte Gegenrevolution gefährlicher als je am Horizont steht. Sie geht mit dem Messer des Amokläufers gegen einen festgefühten Massenapparat vor, der nur in Tätigkeit zu treten braucht, um sie niederzuschlagen. Zwischen ihr und dem Niederschlag steht nur noch die Sozialdemokratie, die einzige Partei der demokratischen Republik — aber die KPD will nieder geschlagen werden.

Was hat diese Selbstmordaktion zu bedeuten? Um welchen Preis will oder muß sich die KPD opfern? Etwa, um in der Illegalität ihre dezimierten Kadres besser auffüllen zu können? Was der politisch freien Partei in der hemmungslosen Agitation nicht gelang, das wird der verbotenen Partei noch viel weniger gelingen... Man glaube auch nicht, daß der Glorioskain des illegalen Märtyrertums einer von fremden Kommissaren und korrupten Führerclique diktatorisch beherrschten Partei neuen Glanz verleihen könnte, wie das einstmals der jungen, aufstrebenden Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz geschah. Warum also spielt Moskau die letzten Trumpf aus, von dem es genau weiß, daß er nicht reicht und daß damit zunächst das ganze Spiel verloren ist?

Die einzige Erklärung, die es dafür gibt, ist so ungeheuerlich, daß man sich an den Gedanken zu gewöhnen muß, dann aber sieht man um so schärfer die Zusammenhänge und bekommt einen Begriff davon, was Katastrophenpolitik heißt: die kommunistische Partei will durch ihr Verbot und die darauf folgenden, von ihr provozierten Entlassungen die Situation systematisch verschärfen, will den partiellen Ausnahmezustand herausbeschwören, sie wartet auf den Artikel 48 der Reichsverfassung, der die ganze gesetzliche Gewalt von der zivilen Behörde in die Hände der Generale legt und hofft dann im weiteren Verlauf der Dinge, wie das in der Geschichte so oft geschah, daß die gegenrevolutionäre Entwicklung, ist sie erst angekerbelt, ihren eigenen Gesetzen folgen und der gegen die KPD in Bewegung gesetzte Machtapparat schließlich gegen die ganze Arbeiterklasse zu spielen beginnt.

Wenn man jemals von methodischem Wahn sinn reden könnte, hier haben wir ihn in Reinkultur. Versetzt man aber die Fäden des riesigen Planes bis nach Moskau und stellt dabei in Rechnung, daß die Volkswirtschaft der KPD, wie jede ihrer internationalen Sektionen nur als Stein im außenpolitischen Schachbrett betrachten, der geopfert werden muß, wenn es dem nationalen Interesse der Sowjetunion dient, dann bekommt die Sache schon ein anderes Gesicht. Ein von schwersten inneren Kämpfen zerziffenes Deutschland, in dem die Demokratie außer Kraft gesetzt ist, das heute an dieser Grenze der Diktatur und morgen vielleicht — so hofft man in Moskau — an jener Grenze taumelt, ist kein sicheres Aufmarschgebiet mehr gegen Rußland. Ob dabei die Interessen der deutschen Arbeiterklasse für eine Generation vor die Hunde gehen können, was kümmert das die Nationalsozialisten im Kreml? Sie haben im eigenen Lande Millionen dem Terror geopfert, sie haben mit kaltem Blut frühere Kamofagierten an die Wand gestellt, sie haben die Kronstädter Matrosen in den Tod und die Revolutionäre von 1917 in die sibirische Verbannung geschickt, sollten sie die deutschen Arbeiter unmöglich behandeln?

Ihre Rechnung ist kalt und geschäftsmäßig. Der politische und organisatorische Niedergang der KPD, hat auch für Moskau harte und unabänderliche Tatsachen geschaffen. Der Millionenblut der sozialdemokratischen Partei steht unerlöschter da. In einem einzigen Anlauf hat diese Partei in der letzten Werbestunde mehr Mitglieder gewonnen als die

Die Ministerpensionen.

Das neue Gesetz. — Nicht mehr Pensionen, sondern Uebergangsgelder.

ganze SPD. überhaupt an Mitgliedern zählt. Soweit noch kommunistische Organisationszahlen zugänglich sind, kommen auf 100 organisierte Sozialdemokraten 15 Kommunisten. Der Stoß gegen die großen freien Gewerkschaften ist völlig zusammengebrochen. Nur ein Phantast kann noch von einer Eröberung der Gewerkschaften durch die Kommunisten träumen. Ihre eigene oppositionelle Gewerkschaftsorganisation ist ein Trümmerhaufen. Selbst die größte Demagogie kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß der „revolutionäre Gewerkschaftsstrom“ ein lächerliches Luftgebilde ist, hinter dem absolut nichts steht. Das ganze Baugebäude beginnt zusammenzusinken. Die kommunistische Partei ist der „Wanderer ins Nichts“ geworden, ihr Ziel, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter zu zerlegen und sich an deren Stelle zu setzen, ist in unmögliche Fernen gerückt. Selbst in den Nebenorganisationen, bei den Arbeiterportieren, Freidenkern usw., ist der Kampf zugunsten der SPD. entschieden.

Man könnte das Bild durch eine Analyse der inneren Verhältnisse der SPD. ergänzen, man könnte aufzeigen, wie auf den Flügeln rechts und links und außerhalb der Partei die einzelnen Gruppen um die Macht kämpfen, wie täglich neue Bezeichnungen für neu auftretende Gruppen gefunden werden, Bezeichnungen, deren verheerende Schärfe den Grad von Haß innerhalb der Partei verrät, wie der Atomierungsprozeß, ursprünglich der Sozialdemokratie zugeordnet, zerlegend am Parteikörper frisst, wie ganze Mitgliedschaften sich aufbäumen gegen die Elitenwirtschaft der Zentrale — genug: diese Partei wird nie und nimmer die proletarische Partei Deutschlands werden.

Und damit haben wir eine wichtige Erklärung für das Babanqu-Spiel von Moskau: Kann die SPD. nicht aus eigener Kraft den Block der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sprengen, so kann sie wenigstens noch als Hebel dienen, um zunächst dem Gegner in den Sattel zu helfen, damit dieser das Werk der Zerstörung übernehme. Die Theorie des Wellentals zwischen zwei revolutionären Epochen wird fallen gelassen, gibt es keine revolutionäre, so gibt es doch eine gegenrevolutionäre Situation und hat die SPD. erst für sich die Auserkennung der Demokratie durch das Volk erreicht, so besteht bei der Stimmung des Bürgertums und bei den zur Zeit mit aller Schärfe auftretenden Klassengegenständen doch vielleicht die Möglichkeit, daß dieser Prozeß automatisch weiterfährt, daß die bereits gefährdete Demokratie in das eigene Messer des Ausnahmezustandes stürzt und sich vollends verblutet.

Wer wollte leugnen, daß das deutsche Bürgertum sich in einer Verfassung befindet, die — gelinde ausgedrückt — der Demokratie nicht günstig ist? Die Konzentrationsbewegung von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten sagt genug. Wer wollte leugnen, daß just in diesem gefährlichen Augenblick innenpolitisch die schwersten Probleme vor uns stehen? Man denke nur an die Schicksalsfrage: wer bezahlt die Kosten des verlorenen Krieges? Wer wollte leugnen, daß bei weiterer Zuspitzung der Lage wir in ähnliche Verfassungskonflikte geraten können wie Oesterreich?

Und wenn dann eine Gruppe von politischen Tollhäuslern durch eine Serie blutiger Takte der Rechten das Stichwort gibt, wenn Halenkreuzer und Raifronter aufeinander losschlagen, wer wollte leugnen, daß der Ausnahmezustand zu einem diktatorischen Dauerzustand werden könnte, der auch die Sozialdemokratie in schärfste Opposition zwingen würde?

Dann — so kalkulieren die bankrotten Herrschaften von links — wird sich die Sozialdemokratie im Kampf gegen diese Rechtsdiktatur aufreiben, Streiks und Wirtschaftskämpfe werden von den Generalkommandos verboten, die freien Gewerkschaften werden der Auflösung verfallen, eine Massenflucht wird einreten und alles wird sich von Grund aus umgruppieren. Wenn dann die Arbeiterchaft in Verweiffung darniederliegt, wird von neuem der Weizen für die SPD. blähen, so hoffen sie. Und im Hintergrund steht Moskau, das auf seine Stunde wartet. Deutschland, das industrielle Herz Europas, liegt ihm am nächsten. Es braucht nicht erst durch die Dardanellen!

Ein toller Plan? Wenn ein Bankrotteur die Wahl hat, sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen oder das Haus anzuzünden, um seinen Bankrott zu verdecken, dann zündet er das Haus an. Und in diesem Fall ist Moskau so oder so der Gewinner. Zwar: ob dieser Plan Aussicht hat, verwirklicht zu werden, das liegt einzig und allein bei der deutschen Arbeiterchaft. Die Fäden sind bloßgelegt, nun gilt es die Konsequenzen zu ziehen. Wir sind überzeugt, daß bis tief in die kommunistische Anhängerschaft diese Katastrophenpolitik auf schroffe Ablehnung stoßen wird. Das jegliche Experiment ist die schwerste Belastungsprobe der Demokratie. Nur wenn die Putzaktion der kommunistischen Parteileitung ins Leere stößt, wenn die Massen selbst sich abkehren von diesen verbrecherischen Absichten und nur wenn sie geschlossen und bis zum letzten Augenblick ausbarren in der Gefährlichkeit der Demokratie, nur dann werden sie jene aus dem Rechtstitel der Freiheit erwachsene Kraft ausbringen, wie in Oesterreich so auch in Deutschland den Stoß von der anderen Seite abzuwehren.

Eine Schande für Bayern.

Weißblauer Ekzess gegen Schwarzrotgold.

München, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Im bayerischen Landtag wurde am Mittwoch der sozialdemokratische Antrag, bei Reichsanlässen die bayerischen Staatsgebäude auch in den Farben schwarzrotgold zu beflaggen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken niedergestimmt. Nur die Hälfte der Bayernbund-Fraktion fand den Mut, für die Farben der deutschen Republik einzutreten, die andere Hälfte blieb der Abstimmung fern und der Fraktionsführer brachte es sogar über sich, mit den weißblauen Reaktionsären und den Kommunisten zu stimmen.

Kein Meineid!

Verfahren gegen Genossen Parteisekretär Hoppe eingestellt

Schweidnitz, 29. Januar.

Die gegen den sozialdemokratischen Parteisekretär Hoppe und den Reichsbannerführer Kaufmann Braich im Verlaufe des Prozesses gegen die Nationalsozialisten anhängig gemachten Meineidsverfahren sind eingestellt worden. Es schweben zur Zeit noch fünf Verfahren gegen fünf nationalsozialistische Zeugen.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt begann in der Sitzung vom Mittwoch abend die Beratung des sogenannten Ministerpensionsgesetzes. Das Gesetz ist seit 1926 von der Sozialdemokratie und anderen Fraktionen oft wiederholt verlangt worden. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist in mehreren Bestimmungen verfassungsändernd.

Der Ausgangspunkt des Gesetzentwurfs ist die Beseitigung des gegenwärtigen Zustandes. Dieser — unmögliche — Zustand besteht darin, daß ein Reichsminister, der aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen ist, sofern er eine zehnjährige Beamtenlaufbahn hinter sich hat (das wird fast ausnahmslos der Fall sein), beim Ausscheiden aus dem Ministeramt eine lebenslängliche Pension erhält, die berechnet wird nach dem bezogenen Ministergehalt, ganz gleich, wie lange er Minister gewesen ist. Umgekehrt erhält ein Reichsminister, der aus dem Arbeiterstand oder aus freien Berufen kommt, keinerlei Versorgung, selbst wenn er bis zu zwei Jahren Minister gewesen ist. Um eine grundlegende Änderung zu treffen, hebt der Entwurf für die Reichsminister die betreffenden ihnen Rechte gewährenden Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes auf und schafft für sie eine besondere Ministeramtsstellung.

Durch diese Amtsstellung soll nunmehr allen Ministern, gleichviel, ob sie aus dem Arbeiterstand, freien Berufen oder aus der Beamtenlaufbahn kommen, Versorgungsbezüge in Form von Uebergangsgeldern gewährt werden. Die Uebergangsgelder sollen gezahlt werden für mindestens sechs Monate, höchstens für fünf Jahre. Das Uebergangsgeld wird berechnet nach der Zeitdauer, für die der Berechtigte Amtsbezüge erhalten hat. Diese Zeit erhöht sich um die Zahl der Monate, die der ausgeschiedene Minister nach Vollendung des 50. Lebensjahres das Ministeramt bekleidet hat. Das Uebergangsgeld soll betragen für die ersten drei Monate die vollen Amtsbezüge, für die spätere Zeit 50 Proz. derselben. Hat ein Minister in Ausübung seines Amtes eine schwere Gesundheitsschädigung erlitten, so kann der Reichspräsident ihm auf Vorschlag des Kabinetts eine Rührente bewilligen, die aber im Höchstfall nur 80 Proz. des Uebergangsgeldes betragen darf. Stirbt ein Reichsminister, so sollen seine Hinterbliebenen Bezüge für die Zeit erhalten, für die der Verstorbene Uebergangsgelder bezogen haben würde.

Die mitzuteilten Bestimmungen sollen für alle ausscheidenden Minister gelten, gleichviel aus welchen Berufen sie hervorgegangen sind. Der Entwurf hält es aber für unbillig, den

aus dem Beamtenstand stammenden Ministern die Rechte gänzlich vorzuenthalten, die sie sich als Beamte bereits bezüglich ihrer eigenen Versorgung und der ihrer Hinterbliebenen verdient haben. Es sollen ihnen daher, unabhängig wie lange die Dienstzeit gedauert hat, 80 Proz. des ruhegehaltfähigen Dienst- einkommens ihrer letzten Stelle gewährt werden. Die Hinterbliebenenversorgung würde dementsprechend zu berechnen sein.

Dies die materiellen Hauptbestimmungen des Entwurfs. Für die Sozialdemokratie legte Abg. Kaufmann-Württemberg den Standpunkt der Fraktion dar und erklärte, daß sie vorbehaltlich von Änderungen im einzelnen bereit ist, auf den Boden des Entwurfs zu treten. Nach sozialdemokratischer Auffassung sei indessen eine Reihe von Bestimmungen erhalten, die geändert werden müßten. So entspreche die Bestimmung, nach der ein in Ausübung des Amtes in seiner Gesundheit geschädigter Minister auf Vorschlag der Reichsregierung durch den Reichspräsidenten im Gnadenwege eine Rührente erhalten könne, nicht unserer Auffassung und nicht der Würde der Stellung eines Ministers. Statt des Gnadenweges müßten gesetzliche Bindungen geschaffen werden. Auch solchen Ministern, die mindestens vier Jahre im Amt gewesen und 65 Jahre alt geworden seien, und aus dem Arbeiterstand oder aus freien Berufen stammten, müßte eine Pension gewährt werden.

Enttäuscht habe es ihn, daß der Entwurf an zwei Forderungen gänzlich vorbeigehe, die gleichfalls seit langem von der Sozialdemokratie und anderen Parteien erhoben worden seien. Wo bleibe die Festsetzung einer Höchstgrenze, wo bleibe die notwendige allgemeine Pensionserhöhung? Bei jährlich 2 Milliarden Pensionskosten, die das deutsche Volk für die Pensionen im Reich, Ländern und Gemeinden zu tragen habe, sei es höchste Zeit, an die Durchführung solcher Forderung zu gehen. Ebenso müßte eine Kürzung der Pension eintreten können, wenn der betreffende Pensionär über ein größeres Privatvermögen oder Privateinkommen verfüge.

Auch in dem staatsrechtlichen Teil hätte Genosse Kaufmann verschiedene erhebliche Einwendungen zu machen; insbesondere müßte die Bestimmung geändert werden, daß die Urkunde, die der Reichspräsident über seine Ernennung erteilt, gegenzeichnen sei. Auch die Vertreter aller anderen Fraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten, erklärten, daß sie noch eine Reihe von Spezialwünschen hätten, aber bereit seien, die Grundgedanken des Entwurfs anzunehmen.

Volkspartei und Preußenkoalition.

Die Front'errichtung der Volkspartei.

Die Sitzung der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die am Mittwoch abend um 8 Uhr im Preussischen Landtag begann, dauerte bis in die späten Nachstunden. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird strenges Stillschweigen bewahrt.

Am Donnerstag werden die Abgeordneten Stendel, Schwarzhanp und Helmmanh sich zum Ministerpräsidenten Braun begeben, um ihn über die Stellung der deutsch-volksparteilichen Landtagsfraktion zur Frage der Bildung der Großen Koalition in Preußen zu unterrichten und weitere Verhandlungen anzubahnen.

Sowjetgeschrei.

Die Geldfälschungen und die deutsch-russischen Beziehungen.

Ein Moskauer Reptil, die „Moskauer Rundschau“, beschäftigt sich mit dem Tschermowgenprozeß. Es leistet sich die folgende Dreifügigkeit:

„Das entscheidende Moment ist hier nicht im unmittelbaren Schaden zu suchen, sondern darin, daß auf deutschem Reichsgebiet eine sowjetfeindliche Organisation dauernd und systematisch arbeiten konnte, ja die Unterstützung und die Gunst sehr einflußreicher deutscher Persönlichkeiten und Behörden gefunden hat. Diese Tatsache berührt unmittelbar den ganzen Fragenkomplex der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der gleichen Weise, wie eine in Umlauf gesetzte Banknote die Währung kompromittiert.“

Die Tschermowgenfälscher werden vor einem deutschen Gericht abgeurteilt — darin besteht ihre Unterstützung durch amtliche Stellen.

Auf der anderen Seite arbeitet auf dem Gebiete der Sowjetrepublik eine der deutschen Republik feindliche Organisation dauernd und systematisch an der Vorbereitung und Organisation von Verbrechen gegen die deutsche Republik.

Diese Organisation wird von der russischen Regierung nicht nur begünstigt, sondern aus dem russischen Staatsetat subventioniert.

Die Sowjetregierung läßt durch ihre Agenten in der Komintern ihre deutschen Nameluden zu neuen hochverräterischen Unternehmungen gegen die deutsche Republik kommandieren, auf der anderen Seite läßt sie ihre Reptile über deutsche Beeinträchtigung der deutsch-russischen Beziehungen schreien.

Wer glaubt noch an das offizielle Märchen, daß Sowjetregierung und Komintern nichts miteinander zu tun hätten?

Musterleistung.

Positiver Sachverstand einer Hugenberg-Redaktion.

Die Hugenbergische „Nachtausgabe“ veranstaltet ein großes Rätselraten über die Frage: Wer wird Nachfolger von Böh? Sie entwickelt dabei eine Personenkenntnis, und ein Wissen um politische Dinge, die unübertrefflich sind. Sie oracelt:

„Man spricht von dem preussischen Handelsminister Schreiber, der, wenn die Groß-Koalition in Preußen zustande kommt, sein Amt ausüben muß. Man spricht auch von dem preussischen Finanzminister Höpfer-Wischoff, der aber wohl lieber in seinem Amt verbleiben wird. Beide gehören der Sozialdemokratischen Partei an.“

Nur ein Dringlicher? Eine so wohlwollende Annahme wird vereitelt durch das Folgende:

„Daß die Notwendigkeit dieses Programms auch im sozialdemokratischen Lager eingesehen wird, beweist eine sehr merkwürdige Methode, mit der der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herz, der vor einem Monat Reichs-

finanzminister werden sollte, seine Kandidatur im heutigen „Vorwärts“ vorbringt. Er stellt ein ganzes Reformprogramm für die Berliner Verwertung auf.“

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Herz und der Bürgermeister von Kreuzberg Dr. Karl Herz sind zwei verschiedene Persönlichkeiten. Aber woher sollen die jungen Leute des Herrn Hugenberg das wissen, wenn sie nicht einmal wissen, daß Schreiber und Höpfer-Wischoff Demokraten sind? Je unwissender das ist, um so lauter schreit es.

Mitnehmende Begeisterung.

Der wahre Sinn des Nationalsozialismus.

Der neue Vorsitzende der Ortsgruppe Glauchau der Nationalsozialistischen Partei hat sich seiner Mitgliedschaft wie folgt verpflichtet:

„Bede Parteimitglied! Da ich die Führung der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP. vorläufig übernommen habe, vertrittungsweise (ein wunderbarer Titel! D. Reb.), so betrachte ich es als eine meiner ersten Aufgaben, Ordnung in die jetzigen Verhältnisse der Ortsgruppe zu bringen. Dazu gehört vor allen Dingen eine genaue Aufnahme des gesamten Inventars... Jedes Parteimitglied meldet, ob es irgendwelche Gegenstände, die der Ortsgruppe gehören, im Besitz hat. Es handelt sich um Stempel, Stempelkasten, Druckfakten, Schreibmaschine, Fahrräder, Hitlerbild, Fahne, Trommeln, Pfeifen, Helmdecken, Zeitungen, halbes, größere Böden Fluchblätter oder Plakate pp... Parteigenossen, die wesentlich falsche Angaben machen bzw. den Besitz von Eigentum der Ortsgruppen verschweigen, muß ich dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Ortsgruppe melden.“

Mit Hitlerheil!
von Robert Sauer,
stellvertretender Ortsgruppenführer.“

Während des Hitler-Putsches in München übten die Hitlerburgen ihr mitnehmendes Handwerk in der sozialdemokratischen „Münchener Post“ aus, wobei sie hohes Interesse für Bargeld, Schreibmaschinen usw. bewiesen. Das Interesse ist nicht geschwunden — aber die Möglichkeit zur Anwendung auf das Eigentum politischer Gegner. Zum Erfolg dafür räubern diese angenehmen Jünglinge ihre eigenen Parteibüros aus, wobei nicht einmal die Kägel in den Händen sicher zu sein scheinen.

Das unruhige Bessarabien.

Feuertüberfall auf einen Munitionszug.

Bukarest, 29. Januar.

Wie aus Rischinow gemeldet wird, überfiel in der vergangenen Nacht eine bewaffnete Bande die jüdisch-arabische Eisenbahnstation Baduluj Trajan und verjagte einen Munitionszug in die Luft zu sprengen. Die herbeigeeilte Wache eröffnete auf die Bande das Feuer. Es entwickelte sich ein einseitiges Feuergefecht, in dem mit Gewehren und Handgranaten gekämpft wurde. Schließlich gelang es, die Bande in die Flucht zu schlagen. Zu ihrer Verfolgung wurden Militärtruppen eingesetzt.

Das endgültige Ergebnis des Volksentscheids. Zur Feststellung des endgültigen Gesamtergebnisses des Volksentscheids vom 22. Dezember 1929 über den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Verfassung des deutschen Volkes“ fand am Mittwoch im Reichstagen Reichswahlamt vor dem Reichswahlprüfungsausschuß eine Sitzung statt. Es wurde festgestellt: Abgegeben wurden insgesamt 6 306 632 Stimmen, davon waren gültig 6 177 099, ungültig 131 533. Von den gültigen Stimmen kamen auf Ja 6 838 826 und auf Nein 335 231.

Bei der Eröffnung der Wahlzettel, Wahlkreis Wetter/Es, kam der Nationalsozialist Rieder mit Dr. Romer (Erfolgreiche Volkspartei) mit 4800 gegen 3800 Stimmen in Stichwahl. Der Sozialist Reich erhielt 3200 Stimmen, der Kommunist 300.

Was will das Zentrum?

Steuererhöhungen oder Steuererleichterungen?

Das Berliner Zentrumblatt teilt am Mittwoch abend mit, daß die Zentrumsabgeordneten Brüning und Esser im Auftrag des Vorstandes der Zentrumsfraktion dem Reichsanwalt die nach zweitägigen Beratungen beschlossene Stellungnahme des Zentrums zur politischen Behandlung des Haager Abkommens zur Kenntnis gebracht hat. Ueber den Inhalt der Forderungen des Zentrums heißt es in der Verlautbarung der „Germania“:

„Das Zentrum verlangt, daß vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen müsse. Diese Klärung hat zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Kassenlage notwendigen Gesetze und stärkere Bindung der Regierungsparteien in bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform.“

Diese Meldung ist reichlich unklar, so daß ein genaues Urteil über die Absichten des Zentrums erst gewonnen werden kann, wenn man über sie im einzelnen unterrichtet ist. Von der Sozialdemokratie ist volle Klarheit über die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden stets gewünscht worden, besonders eindringlich im Dezember 1929, als die Reichsregierung auf der Billigung der Grundzüge ihres Finanzprogramms bestanden hat. Damals hat das Zentrum allerdings nicht den Standpunkt vertreten, daß vor einer endgültigen Stellungnahme über diese weitgehende Finanzreform eine Feststellung der tatsächlichen Finanzverhältnisse erfolgen müsse.

Wenn es in der Mitteilung der „Germania“ aber weiter heißt: „Diese Klärung hat zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Kassenlage notwendigen Gesetze und stärkere Bindung der Regierungsparteien in bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform“ so muß man doch bereits in diesem Augenblick mehrere Bedenken gegen ein derartiges Verlangen anmelden. Zunächst einmal das Bedenken, daß derartige Gesetze kaum in wenigen Tagen erledigt werden können, und daß man infolgedessen mit einer starken Verzögerung bei der Annahme der Young-Gesetze rechnen muß. Immerhin läßt sich denken, daß ein derartiges Ziel zum mindesten angestrebt werden kann, soweit es sich dabei um die Fragen handelt, die mit dem Nachtragsetat 1929 und vielleicht sogar mit dem Etat des Jahres 1930 zusammenhängen.

Dagegen halten wir es für völlig unmöglich, im gegenwärtigen Augenblick, wo Steuererhöhungen zur Diskussion stehen, und Steuererleichterungen durch die Lage der Reichsfinanzen ausgeschlossen sind, sich auf ein Finanzprogramm festzulegen, das für eine unbestimmte Zukunft Geltung haben soll, dem aber gegenwärtig jede reale Unterlage fehlt. Wir können einstweilen auch nicht glauben, daß das Zentrum derartige Absichten hat. Sie würden mit der Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik, die eine erneute Zuspitzung von Kassen- und Staatsschulden zu vermeiden sucht, im schärfsten Widerspruch stehen.

Wir möchten zum Schluß aber noch darauf hinweisen, daß das Zentrum sich im Irrtum befindet, wenn es glaubt, daß die Annahme der Young-Gesetze von jeder Partei von Bedingungen abhängig gemacht werden kann. Die Regierungsparteien haben an der Annahme der Young-Gesetze ein gemeinsames Interesse. Es geht nicht um das Gesamtinteresse des Volkes, für das die Erleichterungen aus dem Young-Plan eine wichtige Voraussetzung für die Besserung der Wirtschafts- und Finanzverhältnisse Deutschlands sind.

Außerdem aber haben auch andere Parteien Forderungen an die Gesetzgebung zu stellen, die sie mit demselben Recht wie das Zentrum zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zum Young-Plan machen könnten!

Die Berliner Stadtbahnlarife.

Der Reichsverkehrsminister will Härten nachprüfen.

Der Verkehrsaußschuß des Reichstages beriet gestern die Anträge, worin die Reichsregierung ersucht wird, gegen die geplante Erhöhung der Personentaxen im Berliner Stadtbahn- und Vorortverkehr bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Einspruch zu erheben und die nach den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes erforderliche Genehmigung zu verweigern.

Reichsverkehrsminister Siegenerud erläuterte die Haltung der Reichsregierung zur Erhöhung der Tarife der Stadt- und Vorortbahn in Berlin. Der Betrieb dieser Bahnen habe der Reichsbahn einen Zuschuß von 16 Millionen Mark auferlegt, davon etwa 10 Millionen für Verzinsung des für die Elektrifizierung aufgewendeten Kapitals. Der Zustrom der von den städtischen Verkehrsmitteln abwandernden Fahrgäste würde die Gefahr von Unfällen infolge Überfüllung bei den täglichen Verkehrsstößen des Berufsverkehrs heraufbeschwören, da für den Augenblick der ausreichende Wagenpark nicht vorhanden ist. Die Finanzlage der Reichsbahn sei angesichts der Zwangsläufigkeit von etwa 9 Proz. ihrer Ausgaben, insbesondere der Reparationskosten und Verkehrssteuern sowie der Personalausgaben sehr ernst. Bei dieser Lage hätte die Reichsregierung der Tarifserhöhung vor dem Reichsbahngesicht nicht mit Aussicht auf Erfolg widersprechen können. Der Reichsverkehrsminister sei an sich zur Genehmigung solcher Tarifänderungen wie der Berliner Lokaltarife allein zuständig. Er habe aber das Kabinett wegen der politischen Bedeutung gehört. Das Kabinett habe sich den vorgelegten Gesichtspunkten nicht verschlossen. Die Erhöhung der Berliner Lokaltarife werde allein den Haushalt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht in Ordnung bringen. Man sehe vielmehr vor der Frage, ob man — zu Lasten anderer Steuern — die Verkehrssteuerlast der Reichsbahn kentzen oder einer Erhöhung von Reichsbahnlarifen näher treten wolle.

In der weiteren Aussprache sagte dann der Minister eine Nachprüfung etwaiger Härten in der Tarifgestaltung bei der Stadt-, Ring- und Vorortbahn zu.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde auf Donnerstag vertagt.

Sprengung der Kathedrale von Tiflis. Nach einer 11-tägigen Sprengung der Kathedrale von Tiflis wurde am Dienstag in Tiflis damit begonnen, die berühmte Kathedrale, die im 18. Jahrhundert erbaut wurde, abzureißen. Mehrere Wände des Kirchendomes wurden von Truppen der G.P.U. mit Dynamit gesprengt. Auf dem Platz der abgebrochenen Kathedrale soll eine internationale kommunistische Bibliothek errichtet werden.

Diktatoren-Quartett.



MUSSOLINI

PILSUDSKI

ALEXANDER

PRIMO DE RIVERA

Mussolini: „Es klingt ja so dünn?“

Die andern: „Der Primo-Seiger hat sich davongemacht.“

Auf Kosten der Volksgefundheit.

Sterbeüberschuß in 20 Großstädten.

Der Preussische Landtag fördert in rascher Beratung die Verabschiedung des Etats. Diese Arbeit hat freilich etwas Unwirkliches; denn über welche Mittel Preußen im nächsten Jahr verfügen wird, steht noch gar nicht fest, hängt vielmehr vollständig vom Gange der Reichsfinanzreform ab.

Am Mittwoch erledigte der Preussische Landtag die nach ausstehenden Abstimmungen zum Domänenetat und begann dann die zweite Lesung des Etats der Volkswohlfahrt beim Kapitel Gesundheitswesen.

Der Wohlfahrtsminister Dr. Hirtleser gab einleitend einen erschöpfenden Tätigkeitsbericht sowohl über den allgemeinen Gesundheitsstand wie über die Arbeiten seines Amtes. Den Hauptnachdruck legte er auf die rasch sinkende Geburtenziffer und die keineswegs günstige Entwicklung der Sterbezahlen.

Die günstige Entwicklung der letzten Jahre habe 1929 nicht angehalten. Die Sterbeziffer sei um 13,3 n. H. gegenüber dem Vorjahre gestiegen.

Der Geburtenüberschuß sei erheblich zurückgegangen, in zwanzig Großstädten sei sogar ein Sterbeüberschuß vorhanden.

Der Zeitpunkt liege nicht mehr allzu fern, in dem sich die Bevölkerung nicht mehr vermehre, sondern abnehme.

Wertwürdig ist dabei, daß Deutschland eigentlich kein Zweikindersystem hat. Denn die Zahl der Anträge auf Verleihung der Ehrengabe für das zwölfte Kind (200 Mk.) haben sich im letzten Jahre ungefähr verdoppelt. Offenbar ist die Zahl der kinderlosen

Frauen noch sehr viel rascher gestiegen. Auch an das Kapital der Bevölkerungsökonomie sollte man bei der Neuverteilung der Steuerlasten denken.

Im Anschluß an Hirtlesers Rechenschaftsbericht zeichnete Genosse Professor Dr. Chajes ein erschütterndes Bild der Wirkungen der jetzigen Sparmaßnahmen in den Gemeinden auf die Volksgefundheit. Seine Feststellung,

„daß wir in der nera Schacht vom einzigen Kapital leben, das wir überhaupt noch besitzen, nämlich von der Gesundheit des deutschen Volkes.“

hand nicht nur die Zustimmung der Sozialdemokratie, sondern wurde auch von dem Zentrumstreber Dr. Fohßender ausdrücklich unterföhrt.

Nach einer Rußlandhymne, die die kommunistische Abgeordnete Frau Reumann vortrug — teils lagte das Haus, teils war man aufrichtig empört über die aufsteigenden Wogen — erglerte der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Heidenreich einen starken Fehlerkeitserfolg mit einem heftigen Angriff gegen die „unparteiliche“ Personalpolitik des Ministers, seine Bevorzugung der katholischen Amtsbewerber. Die Jurufe, die Herr Heidenreich erhielt, werden ihn darüber belehrt haben, daß die Volkspartei wieder einmal auf dem besten Wege ist, Dummheiten zu machen. Ueber die Demokraten — Herr Dr. Falk und das „Berliner Tageblatt“ — haben ihn ja das Schwert vom bedrohten evangelischen Volksteil geliefert. Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Gegensätze im Kabinett Lardieu.

Briand gegen Lardieu, Lohneur gegen Chéron.

Paris, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die innerpolitische Situation in Frankreich, die für die Dauer der großen internationalen Konferenzen im Zeichen eines stillschweigenden Burgfriedens stand, hat sich neuerdings beträchtlich zugespiht. Vor allem sind es Konflikte in der Regierung selbst, die es wahrscheinlich machen, daß Lardieu, aus London zurückgekehrt, eine gründlich veränderte Situation vor sich sieht. In politischen Kreisen wird erklärt, daß Briand, den Lardieu nicht gerade sehr taftvoll in den Hintergrund gedrängt hat, nicht gewillt zu sein scheint, sich die Uebergriffe Lardiens in sein Ressort noch länger gefallen zu lassen. Seine vorzeitige Abreise aus London ist gleichfalls in diesem Sinne aufzufassen.

Desgleichen besteht auch zwischen Arbeitsminister Lohneur und Finanzminister Chéron eine scharfe Spannung, die sich aus dem Sabotagemanöver Chérons gegen das Sozialversicherungsgesetz herleitet.

Keine Blum-Krise in der sozialistischen Fraktion.

Paris, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Die Mitteilung, daß die für die Beteiligung an der Regierung eintretende Minderheit der sozialistischen Partei, die die Mehrheit in der Kammerfraktion besitzt, beschlossen habe, die Vertung der Partei nicht Léon Blum allein zu überlassen, sondern ihn durch ein mehrköpfiges Direktorium zu ersetzen, wird aus Kreisen der sozialistischen Kammerfraktion aufs entschiedenste demontiert. Ein solcher Beschluß sei nicht gefaßt worden und liege auch nicht in der Absicht der Minderheit.

Young-Debatte in Brüssel.

Vanderveelde bearrßt die Räumung.

Brüssel, 29. Januar. (Eigenbericht.)

In der Kammer erstatteten Außenminister Hymans und Ministerpräsident Gaspar am Mittwoch Bericht über die Haager Konferenz. Sie beschränkten sich in der Hauptsache auf eine objektive Darstellung der Ereignisse.

Gaspar erklärte, Belgien könne mit dem Ergebnis zufrieden sein. Dank des Markabkommens sei die neue Gesamtregelung für Belgien vorteilhafter als das Dawes-Abkommen. Im übrigen sei es erfreulich, daß Europa endlich von dem Alpdruck der Reparationsfrage befreit sei.

Im Namen der sozialistischen Opposition begrüßwünschte Vanderveelde

die belgische Delegation im Haag zu ihrer Tätigkeit und zu dem Ergebnis. Er begrüßwünschte sie insbesondere dazu, daß im nächsten Juni kein fremder Soldat mehr am Rhein stehen werde. Die Rheinandräumung sei eine Wohltat nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und für den Frieden. Es sei insbesondere auch erfreulich, daß im Falle künftiger Verletzungen Deutschlands von gemeinsamen Maßnahmen der Sieger keine Rede mehr sein könne, sondern daß jedes Land seine Handlungsfreiheit erhalte. Die Politik der Sanktionen und der gewalttätigen Entmaffung der Besiegten habe Bankrott gemacht. „Wir Sozialisten“, so schloß Vanderveelde, „die seit langen Jahren die Politik der Veröhnung und eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage gepredigt haben, haben gute Gründe, jene zu begrüßwünschen, die endlich unseren Auffassungen folgen.“

Neuer Fortschritt in London.

Englisch-französisches Kompromiß in der Tonnagefrage.

London, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Macdonald hatte am Mittwoch Unterredungen mit den amerikanischen, italienischen und japanischen Hauptdelegierten. Die Besprechungen waren in erster Linie der Vorbereitung der Vollziehung zum Donnerstag gewidmet.

Macdonald unterrichtete die Vertreter Amerikas, Italiens und Japans vor allem über Einzelheiten des englisch-französischen Kompromisses in der Tonnagefrage.

Bisher standen sich die englische Forderung nach einer Festsetzung der Höchsttonnage für jede Schiffskategorie und das französische Verlangen nach der Festsetzung einer Gesamttonnage für jede Macht schroff gegenüber. Dank dem weitgehenden Entgegenkommen der Engländer an das Verlangen der Franzosen ist nunmehr so gendes Kompromiß zustande gekommen: Es sollen für die Zweite der Tonnagefestsetzung drei Schiffskategorien gebildet werden:

1. Schlachtschiffe,
2. Kreuzer mit einem Geschüßkaliber von 20 Zentimetern,
3. eine Schiffsklasse, die leichte Kreuzer und die verschiedenen Zerstörerarten umfaßt.

Jedes Land soll die Möglichkeit erhalten, innerhalb dieser drei neu geschaffenen Schiffsklassen jede gewünschte Tonnageerhöhung vorzunehmen. Die geplanten Änderungen sollen jedoch den anderen Ländern ein halbes bzw. ein ganzes Jahr vor ihrer Vornahme mitgeteilt werden.

Weisse Wochen

Heute
Vorverkauf

**T
I
E
T
Z**

DIE GRÜNDER DER FIRMA
HERMANN TIETZ
HERMANN und OSKAR TIETZ
WAREN DIE ERSTEN, DIE DIE
WEISSE WOCHEN
IN DEUTSCHLAND VERANSTALTET HABEN. DIE
SENSATION
VON DAMALS IST DIE
SENSATION
VON HEUTE GEBLIEBEN
IM GESTE DER GRÜNDER, GETREU IHREM VORBILD, WERDEN UNSERE
WEISSEN WOCHEN

AUCH IN DIESEM JAHRE DER ANZIEHUNGSPUNKT
FÜR BERLIN SEIN!

WIR BRINGEN IN DIESEN WOCHEN
WEISSE WÄREN ALLER ART,
WELCHE ZU EIGENS FÜR DIESEN ZWECK AUFGESTAPELT.
ZU NORM BILLIGEN PREISEN ZUM VERKAUF!



HERMANN TIETZ

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTHEILEN

Die Ausstellung im Gesundheitshaus.

Wie der Deutsche sein Wahlrecht ausübt



Jeder 4. wahlberechtigter Deutsche hat überhaupt nicht gewählt!

Der Beruf des deutschen Arbeiters



Wohnungsnot und Wohnungsbauprogramm



Deutschlands Kulturleistungen



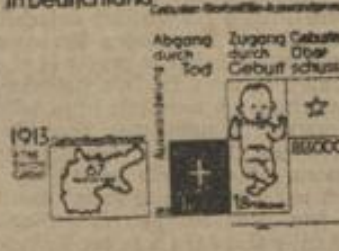
Lebensdauer und Volksgesundheit in Deutschland



Deutscher Lebenswille

10 Jahre RINGEN UM WIEDERERHALTUNG DER FREIHEIT IN DER DEUTSCHEN REPUBLIK

Die Bevölkerungsbewegung in Deutschland



Die von der Reichszentrale für Heimatdienst zusammen mit dem Bezirksamt Berlin-Kreuzberg veranstaltete Ausstellung „Deutscher Lebenswille“ (in Berlin, Gesundheitshaus Kreuzberg, Am Urban 10/11) zeigt den merkwürdigen Erfolg von zehn Jahren des Ringens um den Wiederaufbau und die Freiheit der Deutschen Republik. Ueber die wichtigsten Tatsachen

der Entwicklung Deutschlands in dem ersten Jahrzehnt der Deutschen Republik berichtet die Ausstellung mit den Mitteln einer anschaulichen, leicht fasslichen und einprägsamen Bildsprache. Besuch unentgeltlich an Wochentagen 9 1/2 bis 1 Uhr und 4 bis 9 Uhr, an Sonntagen 11 bis 6 Uhr. Man kann nur wünschen, daß recht viele Berliner die Ausstellung besuchen.

Krach im Neuköllner Rathaus.

Die gestrige Neuköllner Bezirksversammlung begann fast eine Stunde nach festgesetzter Zeit. Dann wurden in rascher Folge die Deputationen und Kommissionen befehligt und einige Wahlen vorgenommen. Als der Kommunist Lange mit viel Geschrei über das Demonstrationsverbot sprach, legten die Tribünen, insbesondere einige Frauen der SPD, mit lautem Lachen ein. Der Vorsteher, Genosse Krudt, machte die Tribünenbesucher darauf aufmerksam, daß sie nur Zuhörer seien und sich nicht in den Meinungstreit der Parteien einmischen dürften. Da dieser Hinweis nichts half, wußten die Tribünen schließlich geräumt werden. Lange forderte unter anderem die Entfernung eines angeblichen Kriminalbeamten von der Presstribüne. Der Vorsteherstellvertreter, der kommunistische Stadtratsmitglied Schill, fühlte sich bemüht, sich auf die Presstribüne zu begeben und von den Pressevertretern die Ausweisung zu fordern. Der Vorsteher machte die Pressevertreter darauf aufmerksam, daß nur ihm das Recht zustünde, Pressevertreter auszusprechen. Als der sogenannte „Kriminalbeamte“ die Tribüne nicht verließ, steigerte sich der Lärm derart, daß der Vorsteher die Sitzung unterbrach. Lange ergreift jetzt plötzlich die Initiative vom Platz des Vorstehers und macht sie unter wüsten

Schimpfworten hinter dem Genossen Krudt her, ohne jedoch zu treffen. Dafür ging eine große Schreie an der Eingangstür in Trümmern. An der maßlosen Beschimpfung des Vorstehers beteiligte sich besonders der kommunistische Bezirksverordnete Weiss. Als die Tribünen geräumt waren, lärmten die Kommunisten weiter, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Von Tribünenbesuchern wurde den Kommunisten zugerufen, daß sie sich wie Lauslirger benähmen, aber nicht wie denkende Arbeiter.

Die neuen Handelsbörsen Vorgänge im Neuköllner Rathaus werden den Arbeitern, die den Kommunisten zum Mandat verholfen, klar machen, in welcher Weise diese Böden die Interessen ihrer Wähler „vertreten“. So geht es nicht weiter! Ein Bezirksparlament, das in schwerster Zeit sachliche Arbeit leisten will, kann sich nicht dauernd von halbwegsigen Durcheinander terrorisieren lassen.

Am Laufe des Abends ist es auch in Treptow und in Charlottenburg zu Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen durch die Kommunisten gekommen. Gegen 19 1/2 Uhr versuchten von Kommunisten aufgebaggelte Erwerbslose, die für die Treptower Bezirksversammlung keine Tribünenkarten mehr erhalten konnten, die Tribünen und den Sitzungssaal zu stürmen. Die Sitzung mußte daher vorzeitig geschlossen werden. Bei den

Tumulten tat sich besonders der Kommunist Firl hervor, der etwa 40-50 der aufgeregtesten Erwerbslosen in den Tagungsraum holte.

Wie lange noch wird sich ein Teil der Arbeitlosen von gewissenlosen Radaubrüdern mißbrauchen lassen?

Auf dem Charlottenburger Rathaus kam es während der Sitzung der Bezirksverordneten zu Unruhestörungen durch Tribünenbesucher. Der Tumult war derart, daß schließlich gegen 20 1/2 Uhr die Tribüne durch die Polizei geräumt werden mußte. Ansammlungen, die sich dann des öfteren vor dem Charlottenburger Rathaus bildeten, wurden von der Polizei zerstreut.

Alarmruf: „Großfeuer!“

Dachstuhlbrand in der Köpenicker Straße.

Gestern abend brach kurz vor 20 Uhr im Dachstuhl des Obergeschosses Köpenicker Straße 150 Feuer aus. Die Flammen fanden an dem Inhalt der Bodenverfälsche überaus reiche Nahrung und breiteten sich mit rasender Schnelligkeit aus. Als die Feuerwehr auf den Alarm „Großfeuer“ mit vier Löschzügen anrückte, brannte der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung bereits sicherlos. Die Rauchentwicklung war zeitweise so stark, daß die Löschmannschaften nur mit Rauchschutzmasken versehen gegen den Brandherd vordringen konnten. Vier Schlauchleitungen mußten in Tätigkeit gesetzt werden, um den Brand niederzulämpfen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen Mitternacht. Die Entschuldigungsursache konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Grausame Rache eines Betrogenen.

In dem nordbulgarischen Ort Balai war ein junger Bauer Danail Petrow zum Arbeitsdienst einberufen worden. Als Petrow nach seinem Dienst wieder in seine Heimat zurückkehrte, küßten ihm Bekannte zu, daß seine Frau Lubiga während seiner Abwesenheit die Geliebte eines Anechts geworden sei. Küber sich vor Wut und Eifersucht erklärte der Betrogenen seiner Frau, daß er sie „wie einen Ziegenbock abfächeln“ würde, wenn sie ihm nicht beifällig wäre, ihren Liebhaber umzubringen. Die eingeschüchterte Frau sagte zu, und ihr Mann drängte sie jetzt, dem Anecht ein Schäferhündchen zu geben und ihn dabei mit einem Rasiermesser zu entmannen, damit ihm die Lust zu seinen Streichen vergehe. Lubiga handelte tatsächlich nach dem Verlangen ihres Mannes. Nur schnelle ärztliche Hilfe konnte das Leben des Anechts retten, der schwer verletzt im Krankenhaus liegt.

„R 100“ war 53 Stunden unterwegs.

London, 29. Januar.

Das Luftschiff R 100, das vor zwei Tagen zu einer Dauerfahrt aufgestiegen war, ist heute mittag wohlbehalten in Cardington gelandet. Es ist im ganzen 53 Stunden, und zwar durchweg bei unsichrigem und nebligem Wetter, in der Luft geblieben.

Schülertragödie in Wandsbek.

In der freien Goethe-Schule in Wandsbek entstand kürzlich ein recht verhängnisvoller Streit zwischen einem 15-jährigen Schüler A. und dem etwas jüngeren G. Der 15-jährige Bruder des G. wollte schließlich eingreifen, als A. plötzlich einen Revolver zog und den fünfzehnjährigen niederschoss. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus eingeliefert; man hofft ihn am Leben zu erhalten.

Lehrer mit drei Schülern ertrunken.

Beim Belagern der Eisdecke des Dorfteiches in der Nähe der Ortschaft Wahren bei Kolberg in Pommern brach der Dorfschullehrer mit seinen Schülern ein. Der Lehrer und drei Schüler im Alter von 8 bis 10 Jahren ertranken, die übrigen Schüler schwammen sich retten. Der Lehrer ist Vater von zwei Kindern.

Die heutige Stadtratsversammlung, in der die Aussprache über die Finanzlage Berlins und über den Nachtragshaushaltspostan stattfinden wird, beginnt um 16 1/2 Uhr.

Aluisio Azevedo Ein brasilianischer Mietshaus

„Mach' dir darum keine Gedanken, die Arbeit wird schon gemacht. Leocadia wringt meine Wäsche aus — sie hatte heute wenig zu tun und war früh fertig.“
„Das solltest du sie nicht tun lassen.“
„Warum denn nicht? Vor drei Tagen habe ich ihr erst geholfen, und ihr Mann war nicht einmal krank — nur damit sie zu einem von ihren Stelldicheins aufs Feld gehen konnte.“
„Nun, nun, was kümmert dich das? Kritisiere anderer Leute Leben nicht. Es wäre viel besser, du stellst dich vor deine Banne, statt hier die Zeit zu vergeuden und über die Nachbarn zu lästeln. Geh lieber und tu' deine Pflicht.“
„Aber ich sag' dir doch, meine Arbeit wird getan. Sie ist ja gar nicht unterbrochen.“
„Ach tu' heut nichts, und das ist schon Unterbrechung genug; wenn du auch noch herumlungerst, wird es nur noch schlimmer.“
„Aber ich möchte doch gern bei dir bleiben, Jeronymo.“
„Ach, das ist alles Unsinn. Los, geh an deine Arbeit.“
Sie war im Begriff, sich fortzubewegen, wie ein Hund, der vom Feuer verscheucht wird, als Rita mit ihren leichten, raschen Schritten eintrat und eine Kanne dunstenden Kaffees, eine Flasche „Paraty“ und ein dickes Wolltuch mitbrachte. Piedade starrte die Mulattin überrascht an, es fiel ihr aber nichts ein, was sie hätte sagen können. Sie blieb jedoch im Zimmer.
Rita, warm und herzlich wie gewöhnlich, und glücklich, einem Nachbarn helfen zu können, stellte den Kaffee auf den Beistelltisch und faltete das Tuch auseinander.
„Das wird es Ihnen rausziehen“, sagte sie. „Ihr Portugiesen seid komische Leute. Sobald euch die kleinste Kleinigkeit fehlt, meint ihr gleich, es geht zu Ende und macht ein Leidengesicht. Lieber Gott, so 'n Unsinn! Aufgewacht jetzt und keine Angst!“
Der Patient lachte und richtete sich im Bett auf.
„Hab' ich's nicht gesagt?“ fuhr die Mulattin, an Piedade gewandt, fort und wies auf Jeronymos unrasiertes Gesicht.

„Sehen Sie sich das an und sagen Sie selbst, ob er nicht aussieht, wie reif fürs Grab.“
Die Portugiesin antwortete nur mit einem matten Lächeln. Innerlich war sie nicht damit einverstanden, daß ein Außenstehender sich einmischte und ihren Mann pflegte.
Nicht ihre Vernunft oder ihre Denkfähigkeit warnte sie vor Gefahr, sondern ihr Instinkt — der seine und merkwürdige Verdacht, den das Weibchen empfindet, wenn ihr Nest bedroht ist.
„Mir scheint, es geht dir besser. Glaubst du nicht auch?“ fragte Piedade schließlich und versuchte dem Blick ihres Mannes zu begegnen, konnte aber ihr Mißvergnügen nur schlecht verhehlen.
„Es geht ihm schon besser, wenn er den Kaffee nur riecht“, erwiderte die Mulattin statt seiner. „Los, trinken Sie jetzt, schnell, trinken Sie alles ganz aus, und dann legen Sie sich hin und schlafen. In einer halben Stunde komme ich zurück und will Sie beinahe wieder gesund finden.“
Dann wandte sie sich an Piedade, legte ihr die Hand auf die Schulter und sagte mit leiser Stimme rasch und vertraulich:
„In ein paar Minuten wird er in Schweiß gehadet sein. Dann wechseln Sie alle seine Sachen, und wenn er um Wasser bittet, geben Sie ihm zwei Schluck „Paraty“. Und dann passen Sie auf, daß er keinen Zug bekommt.“
Worauf sie verschwand: ihre wirbelnden Röde hinterließen eine Duftwolke von Majoran. Dann näherte sich Piedade ihrem Mann, der bereits in Ritas Tuch eingewickelt war, hielt ihm den Kaffee noch einmal an den Mund und murmelte:
„Gott gebe, daß dich das nicht noch fränkter macht. Du hast doch noch nie Kaffee getrunken und magst ihn nicht.“
„Ach trinke ihn ja nicht, weil ich ihn mag, mein Kind, sondern als Medizin.“
Er hatte sich wirklich nie viel aus Kaffee gemacht und noch weniger aus „Paraty“, aber er trank ihn bis auf den Grund und troch dann unter die Decke. Seine Frau küßte ihn ganz in Ritas Tuch ein und brachte noch einen Schal, den sie um seinen Kopf wickelte.
„Jetzt lieg' still und verhalt' dich ruhig.“
Und sie setzte sich ans Bett, um ihn zu bewachen, atmete ganz leise, um ihn nicht zu stören und ließ alle paar Minuten auf Zehenspitzen an die Tür, um zu bitten, daß draußen weniger Lärm gemacht würde. Die Sorge um ihren Mann verzehrte sie, und als er sie später etwas rief, um seine Sachen zu wechseln, strahlte sie vor Erleichterung. Er war ganz und gar durchwächt.

Nachdem sie das Zimmer hermetisch abgeschlossen, alle Ritzen an Türen und Fenstern mit alten Lumpen verstopft hatte, um ihn vor Zug zu bewahren, zog ihm Piedade sein feuchtes Hemd und seine Hosen aus, warf ihm rasch ein Nachthemd über den Kopf und rieb ihn darunter mit einem Frottiertuch trocken. Dabei lächelte sie ihm plötzlich in die Augen und war froh, denn ihr Jeronymo fühlte sich ja wohler.
Er hat um einen Schluck Wasser, aber sie reichte ihm nur „Paraty“ und überwand seinen Widerstand mühelos durch die Versicherung, Rita hätte es so angeordnet.
Da er immer nüchtern war, blieb die Wirkung des feurigen einheimischen Rums auf seinen Organismus, der durch richtige Schweiß geschwächt war, und auf eine durch starke Massage angeregte Blutzirkulation nicht lange aus, Jeronymo, der sich wohl in sein bequemes Bett streckte, fühlte jeden einzelnen Nerv vibrieren und war wirklich leicht berauscht. Wie gut es tat, so weit entfernt von der blendenden Hitze des Steinbruchs zu sein. Der ohrenbetäubende Lärm der Maffaronifabrik klang jetzt wie Musik und selbst das Geschrei der Waffrauen unten vor den Fenstern erschien ihm unbeschreiblich angenehm.
Als Piedade den anderen Frauen von dem befriedigenden Resultat der Kur Mitteilung machte, tief Rita hinauf, um sich den Patienten anzusehen.
„Na, was sagen Sie jetzt — fühlen Sie sich wohler oder nicht?“
Beim Klang ihrer Stimme wandte er den Kopf, sah sie mit berechnetem Blick an, legte seinen linken Arm um ihre Taille und suchte mit dem anderen ihre Hand. Die Mulattin deutete diese Geste als Ausdruck seiner Dankbarkeit für ihre Sorgfalt und ihr Interesse und leistete keinen Widerstand. Aber im Augenblick, als er mit der aufreizenden, glatten Haut der Bahianerin in Berührung kam, war er von Leidenschaft verzehrt.
Das Mädchen entwand sich ihm erstaunt.
„Na, so ein Teufel! Ich hätte nie geglaubt, daß Sie sich so zumarren machen können. Was wird denn Ihre Frau sagen, wenn ich ihr das erzähle?“
Aber als sie Piedades Schritt hörte, änderte Rita ihren Ton und verbarg ihre Empörung.
„Und jetzt müssen Sie lange und schön schlafen, und wenn Sie aufwachen und genügend geschwitzt haben, sollten Sie Ihr Hemd noch einmal wechseln.“
Und fort war sie.

(Fortsetzung folgt)

Hans Verg: „Der Zauberberg“

Das Leben in den großen Sanatorien der oberen Zehntausend ist immer ein besetzter Romanstoff gewesen. Unter anderen hat auch Thomas Mann einen Roman geschrieben, der in jenem Milieu spielt. Er nennt ihn „Der Zauberberg“. Reiche Nichtstuer, die geistliche Gespräche führen, verlebte Damen, die sich aus Langeweile in die Bergwelt von Davos zurückgezogen haben, um hier im Lungenanatorium pikantere Liebesabenteuer zu erleben, das ist der „Zauberberg“. Und das geht dich wenig an! Aber dich geht dich an: Wohin gehst du einmal, wenn du ausgemergelt bist von der Fabrik, gebrochen von der Monotonie des Büros, wenn deine Kasse dich verachtet, um deine geschwächte Arbeitskraft wiederberzuleben zu neuer Ausbeutung? Wie sieht dein Zauberberg aus, Prolet?

Das Nervenanstatorium.

Im vornehmen Villenviertel, draußen an der Grenze der großen Stadt, liegt es. Von der Straße aus siehst du das traurige Haus, kahle Fenster an Fenster mit bleichen Beschauern, an vielen Stellen der Fassade ist schon der Putz abgebröckelt. 1894 steht irgendwo als Baujahr.

Die Pforte hat sich hinter dir geschlossen. Im Wartezimmer hängt eingerahmt ein Gedicht: „Hab' Sonne im Herzen...!“ Du denkst an das freudlose Leben der letzten Jahre, das Einerlei der Arbeit, an häßliche, möblierte Zimmer, kümmerliche Mahlzeiten, an den Tag, an dem es nicht mehr weiterging. Und du lächst entweber bitter auf oder du stuchst. Je nach Temperament. Eine hochnäsige, üppige Dame nimmt deine Personalien auf. Du unterschreibst die Hausordnung und dann schleppst du deinen Koffer auf dein künftiges Zimmer.

Dein Zimmer auf Wochen: schmal mit dunkler, zerfetzter Tapete, trübe fällt das Licht durch ungeputzte Fenster auf einen schmutzigen Tisch. Dein zukünftiger Zimmertollege begrüßt dich wie einen alten Kameraden, und als er deinen hoffnungslosen Blick auf die kahle Wand sieht, sagt er: „Hab' Sonne im Herzen...!“

Tag für Tag.

Fünfzig Männer sind hier im Sanatorium. Alte und junge, Arbeiter, Angestellte, Proletarier. Jeder hat sein Schicksal, seine persönlichen Sorgen draußen; hier sind wir alle gleich. Wir bekommen alle daselbe schlechte Essen, morgens, bei der Visite, werden wir vom Arzt mit derselben gleichmäßigen Frage begrüßt: „Es geht doch gut...?“

Zwei oder vier liegen immer auf einem Zimmer. Einen gemeinsamen Aufenthaltsraum gibt es nicht. Da ist zwar ein Rauchzimmer mit Kubikfellen, ein Musikzimmer, ein großer Spielsaal; doch nur für die acht Patienten der 1. Klasse. Wir Klassenpatienten fahren 3. Klasse. Und wer es draußen noch nicht sah, muß es hier lernen: es gibt Klassen, und zu der untersten gehörst du!

Und Tag für Tag daselbe Einerlei. Frühmorgens um 7 Uhr Pflanzentafelbad. Manchmal bricht einer im morschen Lattenboden ein oder ein Duschentopf löst sich und saust herab. Daran gewöhnt man sich. Wenn sich einmal jemand verletzt, wird es immer noch früh genug sein, die Schäden zu reparieren. Vorher ist kein Geld da.

Frühstück: Wasserkräuter und zwei Stullen mit amerikanischem Schmalz und „Tagewurst“. Kurz nachher eilt der Arzt von Zimmer zu Zimmer. Man nennt das „Visite machen“. Wenn du Wünsche oder Beschwerden vorbringen willst, ist er meistens schon wieder draußen. Manche meinen, er könne sich doch nicht mit jedem unterhalten. Und sind zufrieden.

Mittags im gemeinsamen „Speisesaal“. Dieser „Saal“ ist viel zu klein für so viele Menschen. Schuler an Schuler sitzen wir da, manche auf Gartenstühlen, und nehmen unser Mittagessen ein. Das Essen ist reichlich, aber miserabel gekocht. Klingt das nicht gut: Gulasch mit gemischtem Gemüse? Aber — zähes Büchsenfleisch und erdrosene Karottenscheiben, das Gemüse schlecht durchgekocht. Es ist kein Scherz, die Erbsen heben wir auf und spielen Murrel damit. Nachmittags bringt man uns den „Kaffee“ aufs Zimmer. Eine gelblich-weiße Brühe und zwei Schrippen mit Butter „beipfeifelt“. Abends gibt es irgend einen Weiskaffee oder Braunkartoffeln mit Sülze, die nach Mottenpulver schmeckt. Und wieder haben die „Menschen“, die Zufriedenen eine Entschuldigung. Nervenranke, sagen sie, dürfen gar nicht gut essen. Was würden ihr anstellen, wenn ihr auch noch kräftiges Essen bekämt? Jetzt im Frühjahr dazu...

Tagsüber dürfen wir ausgehen. Wir bummeln durch die schönen Villenstraßen und freuen uns, daß es Menschen gibt, die komfortabel wohnen, die es besser haben als wir. Wenn das manchmal auch aus unseren Gesprächen nicht hervorgeht. Wir schauen den kleinen Mädchen nach und machen uns nichts daraus, wenn sie die Rasen rümpfen über uns „Arbeiter“. Wir sind ja so bescheiden geworden!

Was wir sonst tun? Wir schlafen, wir spielen Karten, wir lesen. Da die Anstaltsbibliothek nur fromme Schwarten und süßliche Liebesromane enthält, tauschen wir untereinander unsere Bücher aus. Alles wird verschlungen. Am begehrtesten sind neben Abenteuerromanen moderne sozialistische Literatur, neben Jack London Sinclair, Gorki u. a. Eifrig wird darüber diskutiert und von den paar Kriegsbüchern kommt der Schweiß am besten weg. Vom Kommando sind „unser“ Frontsoldaten wenig begeistert. Sie haben den Dreck mitgemacht und sind gegen den Krieg. Sie verlangen klare Stellungnahme.

Abends um 9 Uhr wird das Licht ausgemacht. Die meisten gehen zu Bett. Und die, die nicht schlafen können, sitzen bei Kerzenlicht zusammen, spielen Karten und erzählen sich bis in die Nacht hinein.

Manchmal wacht du nachts auf. Du hörst dumpfes Laufen und unterdrücktes Stöhnen. Wieder hat einer, einer von den Stillen, seinen Anfall bekommen. Lachen, Schreien — und dann Ruhe: Morphium! Morgen fährt das grüne Auto vor, zwei Wärter werden den Kameraden fortbringen — ins „letzte Haus“.

Kameraden — hier und draußen.

Die Tage werden wärmer. Wir sitzen abends nicht mehr in den dumpfen, verstaubten Stuben. Einige gehen im Garten spazieren, andere haben sich auf dem Balkon zusammengefunden. Einer spielt Blütharmonika und wir singen dazu. Schwermütige Lieder, dieselben, die man draußen im Feld sang. — auf der Straße sind zwei Mädchen herabgefallen. Weiße Kleider in der Dämmerung. „Wollt ihr nicht reinkommen?“ „Ne, ihr müßt doch bald ins Bett.“ Singt man lieber noch was! Lachend verschwinden die zwei in

der Nacht. „Es ist zum Kotzen, daß man hier in dem Kasten sitzt, ich möchte jetzt lieber...“

Ueber alle ist eine nachdentliche Stimmung gekommen. Heute morgen ist „Großvater“ von uns gegangen. Er war zwei Monate hier. Von der „Fürsorge“. Ein alter Mann, mit weißen Haaren und zitterigen Händen. Vor dem Krieg hatte er eine Malerwerkstatt irgendwo in Mi-Berlin. Sein Sohn fiel fürs „Vaterland“. Die Frau starb im Winter 1917 an Grippe und Unterernährung. Das Letzte nahm ihm die Inflation. Jetzt ist er auf die Wohlfahrt angewiesen. Er hatte sich im Sanatorium von dem furchtbaren Winter etwas erholt. Wir hatten ihn alle sehr gern und nannten ihn „Großvater“. Heute morgen, einen Tag vor Ostern, mußte er fort: die „Wohlfahrt“ zahlte nicht mehr.

Ein Kreis geht zum Bahnhof, in einer alten bestickten Handtasche die wenigen Habseligkeiten, den Kopf gesenkt. Er weiß nicht, wo er diese Nacht schlafen wird. Fröbelstraße — Obdachlosenasyl. Daran denken wir. Und jeder fragt sich: „Was wird aus mir?“

Ich sehe die Beschäuer von jenem Abend an mir vorbeischnellen. Jedes hat seinen Stempel. Proletarierschicksal!

Der „Argentinier“. Ein sonnenverbranntes Gesicht. Wie Leder die Haut. Er war fast 20 Jahre in Südfrankreich. Hatte eine Gärtnerei. War glücklich. Dann kam der Krieg, man nahm ihn seinen kleinen Besitz. Irgendein Pariser Kriegsgewinnler hat heute seine Lugovilla an der Stelle. Fünf Jahre lang wurde er interniert und dann ohne einen Pfennig Entschädigung über die Grenze abgeschoben. Auch er mußte erfahren, wie das „Vaterland“ für seine Söhne im Ausland sorgte. Als Fünfzigjähriger ging er nach Argentinien, um dort ein neues Leben aufzubauen. Zwei Jahre hindurch sah er keinen Menschen — ganz allein im Urwald — säßte Bäume, sprengte, brannte nieder. Und wurde darüber schwermütig. Als gebrochener Mann fuhr er nach der Heimat zurück. Er hat sechsmal versucht, sich die Pulsadern durchzuschneiden. War lange

Charles Rochat:

Verzeiht, Genossen...

Menschen, Arbeiter, Genossen.

Verzeiht!

Daß ich geborgen bin und Liebe fand —

Und draußen fällt nachtakt der Schnee.

Verzeiht mir, daß ich mich zufrieden wähne.

Wenn draußen Angezählte darben und verrecken.

Wohl hab ich euch nur meinen Traum geweiht

Und meine Arme und mein Hirn.

Doch, Menschen, Arbeiter, Genossen,

Ist dies genug?

Ich weiß es nicht.

Die, die ich liebe, ist so schön.

Mein Glück dünkt mir Vollkommenheit. . .

Genügt es, Brüder, mitzufreuen,

Mein Leben eurem Kampf zu weih'n? . . .

Verzeiht, Genossen,

Denn ich weiß es nicht. . .

(Aus dem Französischen von Leo Korten.)

Kurt K. Kauffmann:

Strandgut der Straße

Möbelstücke haben ihre Schicksale. Bett und Sofa, Schrank und Stuhl und Tisch, sie haben ihre Glanz- und Glanzzeiten wie die Menschen, zu deren stummen Gefährten sie ausersehen sind.

Vielleicht gleicht der Ablauf ihrer Existenz, ihr Werden und Vergehen gerade darum so sehr dem menschlichen Leben, weil sie, obgleich nur tote Dinge, in innigster und allerpersönlichster Verbundenheit mit dem Menschen leben. So, sie leben. Sie umgeben ihn in seinen eigenen vier Wänden bei jedem Atemzug, in jeder Stunde des Tages und des Nachts sind sie ein Teil seines Daseins.

Möbelstücke haben ihre Schicksale! Es sind die Schicksale derer, die sie besitzen. Beht es dem Herrn gut, hat auch der Hund sein Pflaster. Ein Auln, der die Menschen trifft, trifft auch die Möbel. Es ist ja alles, was an Lebendigem und Totem im Wechsel der Jahre unter eigenem Wuchs, so innig in unser Wesen eingegangen, wie das Blut in unser Fleisch. Bei vielen Völkern wird heute noch ein Gestorbener mit seinem toten Besitz begraben oder verbrannt. Wir, die wir materialistischer und praktischer denken, hinterlassen nach unserem Tode die Möbelstücke unseren Erben.

Da starb nun jemand in der Familie. Der Großvater. Er hinterließ eine ganze vierzimmer-Einrichtung mit allem, was dazu gehört. Das Staatsstück in diesem Nachlaß ist ein Sofa. Ein Möbel von monströser Größe und kolossalem Gewicht. Ein Erzeugnis der Urväterzeit, die Geräumigkeit und Größe schätzte.

Das liebe alte Sofa hat einen mächtig gebuchteten Rücken und breit ausladende Armlehnen. Vier ausgewachsene Männer können auf ihm sitzen. Haben auf ihm gefessen, man sieht es noch ganz genau. Auf dem Sitz und auf dem Rücken bemerkt man vier abgewetzte Stellen, und auch auf beiden Lehnen haben die Ellenbogen und die Köpfe jener durch die Generationen wechselnden Vier den Lederbezug abgeschabt. Und unten am rechten, behäbig gedrechselten Fuß klast ein böser Riß im Leder, den das freilebendste Rohhaar sich zumwe gemacht hat.

So ganz statlich sieht das liebe alte Sofa, das Großvater schon von seinem Papa erbt, nicht mehr aus. Es sieht sogar recht ramponiert aus. Aber schließlich sind diese Risse und Flecken ja Ehrenmunden, die es sich im Dienste der Familie zuzog. Und darum gewährt man ihm, wie einem alten Gaul im Stoll das Gnadenbrot, im Hause hier das Unterkommen, wenn es auch ewig im Wege ist.

Großvater hat immer so nach dem Essen sein Schälchen darauf gemacht — und seine Frau, ja, die soll sogar darauf gestorben sein. Ein Blauschmerz. Das ging alles so schrecklich schnell, man konnte sie gar nicht mehr ins Bett tragen. Das alles hat das Sofa schon erlebt. Das und noch viel mehr. Denn in der Familie gab es viel Unglück. Papa, dem das Sofa sehr gehört, weiß ein Lied davon zu singen.

Es ist ja nie gegangen. Auch jetzt geht es schlecht. Seit Groß-

Zeit bei einem berühmten „Biochemiker“ in Behandlung — erfolglos. Dielem Menschen hilft keine „Seelenanalyse“ — kein Sanatoriumaufenthalt. Gebt ihm Arbeit, gebt ihm Land, und er wird gesund. Das Schicksal des Auslandsdeutschen!

Der „Morphinist“ — ein kräftiger Mann — sieht auf den ersten Blick durchaus gesund aus. Er war Techniker auf einer Riefler Werft. 1914: „der Kaiser ist seine blauen Jungen“; Karl wurde Matrose auf einem U-Boot; wist ihr noch damals, als die Zeitungen täglich meldeten: Tausend Tonnen von unseren U-Boot-Heulen“ versenkt! Vier Jahre lebendig begraben in einem stählernen Sarg, in heißer, verbrauchter Luft; bei ohrenbetäubendem Gestamp der Maschinen, jeden Augenblick in Todesgefahr. 1918 brach er zusammen: die Nerven wollten nicht mehr. Sie gaben ihm Morphiumspritzen, um die Schmerzen zu lindern. Jetzt hat er sich an das Gift gewöhnt, er kann es nicht entbehren. Am Tage ist er der ruhige Mensch, gegen Abend löst er, schreit nach der Spritze! Er ist zur Entziehungskur hier. Wird sie erfolgreich sein. ? Draußen warten drei Kinder auf ihren Vater —, sehnt sich eine Frau nach ihrem Mann. . . .

Jeder von uns kann erzählen: Berichte aus der Wirklichkeit, keine erdichteten Romane. Krieg — das große Schlachten an der Front — das große Hungern in der Heimat. Inflation — Nationalisierung — nüchterne Worte. Für Hunderttausende bittere Not und Elend. Hier im Sanatorium, im „Zauberberg der Proleten“, sind wir Genossen im Leid. Wenn wir wieder im Betrieb stehen, werden wir wieder Kampfgenossen sein!

Du hast dich erholt. Du kannst gehen. Wie viele vor dir, geht auch du mit deinem Koffer vor dem Gitter entlang. Die Kameraden stehen auf dem Balkon, winken mit einem Badelaken, rufen dir Abschiedsgrüße zu. . . .

„Auf Wiedersehen!“ Ja! Aber nicht hier. Viele von ihnen trifft du draußen wieder, in Versammlungen, bei Demonstrationen, manch' beim „Stempel“. Ihr sprecht von der Zeit damals im Sanatorium und lacht.

Aber mit Schimpfen und Protestieren wird nichts geändert. Seht nach Wien und macht's nach!

vater starb, und das sind nun 14 Jahre her, ist es ständig bergab gegangen. Der Berichtsvollzieher kam sogar ins Haus und nahm das meiste von den Möbeln, die Großpapa hinterließ, mit. Was er zurückließ, ging ins Verhau — und blieb dort!

Aber das alte Sofa, nun, das ist immer noch hier. Und bleibt auch hier — und wenn alles der Teufel holt, das Sofa kommt nicht aus dem Hause. Eher schon trägt man Papa die Treppe hinunter, mit den Füßen nach vorn.

Aber der Papa lebt noch. Er säuft jetzt und schlägt auch seine Frau. Das ist mit den Jahren, die voll Unglück, Tränen und Schande waren, so gekommen. Das Sofa hat das auch gespürt. Ihm sind die Jahre sehr sauer geworden. Papa fiel einmal, als er betrunken in die Stube taumelte, gegen die rechte Lehne. Sie war morsch und zerbrach wie ausgedörrtes Tannenholz. Ja, da ließ sich nichts mehr sitzen, wie unten am linken Fuß, den man mit Draht an das Untergestell gebunden hat. Ja, das Sofa ist fleckig, fleckig wie die ganze Familie, fleckig und räudig, denn die Wanzen sind auch schon drin. Im Koffhaar sitzen sie, ganze Nester.

Ist das noch ein Sofa? Nein, das ist ein altes Gerümpel, verdrückt und verpestet, voller Unrat und Wanzen. Hinaus damit, hinaus! Aber wohin damit, wohin? Das nimmt ja nicht einmal die Brockenabfuhr.

Und eines Nachts, es dämmerte gerade so dem neuen Tag entgegen, da trägt dieser Papa, assistiert von seinem Sohne, das Sofa, das liebe alte Sofa, in das die Wanzen kamen und der Dreck, hüdepad über die Treppen und setzt es, was soll man sich mit diesem schweren, ungesunden Ding noch lange quälen, in der nächsten Nebenstraße mitten auf den Bürgersteig.

Da steht es nun. Die Sonne geht auf. Und es steht immer noch da. In der Gasse und mittelbösen Heißigkeit des Tages. In Schmutz und Schande. Niemand will es. Die Jellen seines Glanzes sind vorüber. Das Elend ist jetzt sein Schicksal. Ihm geht es wie seinem Herrn und Befigter.

Ein vorübergehender Arbeiter gibt dem morschen, moalligen Ding, aus dessen verschliffenem Lederbezug das Koffhaar wie ungebärdige Heva quillt, einen Tritt, daß es in den Rinnstein stößt. Da liegt es nun wie ein Betrunkener, der sich in der Gasse wälzt. Ein erbärmlicher, ein jämmerlicher Anblick. Umwollert von Verfall und Verkommenheit. Das nackte Elend atmet dieses armelige, verfluderte Ding, das ein wüdes Schicksal auf die Straße ipie.

Strandgut der Straße!

Ah, es ist etwas Schamloses um dieses Sofa, das kein häßliches Elend so freimütig offenbart. Jammer und Mitleid, Schaudern und Ekel durchwogen den Vorübergehenden bei dem Anblick dieses heruntergewirrfachten Sofas, das in seiner erbärmlichen Stummheit bereidert als ein Mensch das Elend dieses Lebens kündigt. Und man weiß auch, daß dieser stumme Zeuge eines verfallenen Haushalts einmal bessere Tage gehabt hat, daß er um Menschen, um eine Familie war, die in bürgerlicher Wohlstandigkeit und gestitteter Ordnung lebte, — lebte, denn nun sind auch sie, diese Menschen, nahe der Gasse, nahe dem Schmutz und Elend der Straße, die immer dem letzte Zufucht und Aft ist, der ausgedient hat und verlam.

Strandgut der Straße! Zu nichts mehr nutz.

Zu nichts mehr? O, es gibt ein Elend, das noch elender ist als dieses in den Rinnstein gestoßene Hausgerät. Es gibt noch Menschen, die, erbarmungslos in Unglück und Not verstrickt, selbst dies von einem Besitzlosen mit Abscheu verstoßene Möbelstück noch begehrenwert und wertvoll finden, so wertvoll, daß sie es wie ein Dieb bei Nacht und Nebel von der Stelle holen, wo es im Sturm des Schicksals strandete.

Es strandet so vieles an den harten Bordsteinen der Großstadt. Furchtbar viel, nicht nur Sofas, nicht nur Matrassen und morsche, verwanzte Schränke, auch Menschen stranden hier, Menschen, krank und verschmutzt, morsch und zerfressen wie dieser Hausrat, den die Müllschöber mit zwei Fingern anfasseln und voll Ekel in den Bogen kippen.

Das Jahr 46 vor Christus wird als das „letzte Jahr der Konfusion“ bezeichnet, weil in diesem Jahre Julius Cäsar einen neuen Kalender einführte, wodurch der Mißstand beseitigt wurde, daß im alten Rom das öffentliche Jahr und das wirkliche Sonnenjahr um Monate — zuerst waren es drei — nicht übereinstimmte.

Für die Weltenerforschung der Welt nimmt Kanada die führende Stellung ein. Vor dem Kriege bedeckte es 11 Prozent des gesamten Weizenbedarfs der Welt, jetzt aber schon 52 Prozent.

Leuerung durch neue Zollregelung?

Tatsachen gegen Demagogie!

Während die großagrarisches Presse behauptet, die Sozialdemokratie habe durch ihre Mitarbeit an der letzten Zollregelung die Lage der Landwirtschaft verschlechtert, behauptet die kommunistische Presse, die Sozialdemokratie habe sich am „Zollwucher“ beteiligt; sie sei daran schuld, daß Brot und Fleisch, alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preis gestiegen seien.

Behauptung steht gegen Behauptung. Was ist die Wahrheit?

Bis zum Sommer 1929 hatte tatsächlich jede Neuregelung der Zollsätze den Charakter des Wuchers, d. h. die Zölle waren stets einseitig dem Interesse der Großagrarien angepaßt, während auf den Verbraucher, auf den kleinen Landwirt und auf den Landarbeiter keine Rücksicht genommen wurde. Die letzte Zollregelung dieser Art erlebten wir kurz vor der Sommerpause des Reichstags im Jahre 1929, als die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, also zwei Regierungsparteien, zusammen mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie eine Reihe von Beschlüssen fällte. Wenn die Sozialdemokratie damals nicht die politische Konsequenz aus diesem Verhalten ihrer Koalitionspartner gezogen hat, so geschah das aus folgenden Erwägungen: Eine Reihe von Zollerhöhungen konnte überhaupt abgewehrt werden. Andere Zollerhöhungen blieben weit hinter den agrarischen Forderungen zurück oder standen nur auf dem Papier. Das bisherige Kontingent an zollfreiem Gefrierfleisch blieb gesichert.

Die Zollmaßnahmen der bürgerlichen Reichstagsmehrheit

hätten sich als Fehlschlag erwiesen. Das zeigte sich besonders deutlich auf dem Getreidemarkt. Die Getreidepreise, vor allem die Preise für Roggen, waren so gedrückt, daß der getreidebauende Landwirt dabei nicht auf seine Rechnung kommen konnte. Die Arbeiterklasse hat aber kein Interesse daran, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung herabgedrückt wird. Dazu kommt die Aufgabe, die ungeheuren Preischwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu überwinden, die infolge der Spekulation im Handel zugute kommen, von denen aber weder die Erzeuger noch die Verbraucher irgendwelchen Vorteil haben. Während die Getreidepreise zurückgingen, erlebten die Verbraucher sogar noch eine Steigerung der Preise für Brot und Kleingebäck. Vor dem Zusammentritt des Reichstags im Herbst 1929

verlangte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

von der Regierung, daß sie Zollbeschlüsse der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie verhindere und die künftige Agrarpolitik nur im Einverständnis mit der Sozialdemokratie betreibe. Die Sozialdemokratie ließ sich dabei von der Auffassung leiten, daß die Durchführung der neuen extrem-agrarischen Forderungen verhindert und der Versuch unternommen werden müsse, die vom Sozialdemokratischen Parteitag im April im Jahre 1927 gewiesenen Wege in der Agrarpolitik zu beschreiten. Diese Stellungnahme blieb nicht ohne Erfolg. Es wurde eine Zollregelung getroffen, die die Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ermöglichen sollte, ohne jedoch den Verbraucher zu belasten.

Tatsachen.

Wie war bisher die Wirkung der Dezemberbeschlüsse des Reichstags? Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ergibt sich:

An der Berliner Produktenbörse betrug der Preis für Weizen je Tonne am 23. Dezember 1929 243 bis 244 M., am 23. Januar 1930 247 bis 250 M.

Für Roggen ist der Preis von 170 bis 172 M. auf 159 bis 161 M. zurückgegangen.

Weizenmehl wurde notiert am 23. Dezember 1929 mit

29,25 bis 30 M., am 23. Januar 1930 mit 30 bis 33,50 M. je Doppelzentner.

Roggenmehl mit 23,25 bis 26,90 M. und 22,25 bis 25,25 M.

Der Erzeugerpreis für Butter erster Qualität betrug am 24. Dezember 1929 166 M., am 23. Januar 1930 155 M. je Doppelzentner.

Der Preis für Lebendvieh ist bei Dachsen bester Qualität von 60,50 auf 58,50 M. je Doppelzentner zurückgegangen, bei Rälbern von 68,50 auf 63 M., bei Schweinen blieb es nach einigen Schwankungen bei 81 M.

Bei den Erzeugerpreisen für Kartoffeln zeigt sich ein kleiner Rückgang.

Bei den Kleinhandelspreisen zeigt sich folgendes: Die Preise für Fleisch sind fast unverändert geblieben, nur Schweinefleisch hat leicht angezogen. Roggenbrot kostete am 11. Dezember 30,4 Pf. das Kilo, am 22. Januar 30,5 Pf.; Schrippen zogen von 75,1 auf 76 Pf. an. Roggenmehl sank von 48 auf 47 Pf., Weizenmehl blieb bei 55 Pf. Bei Vollmilch ist der Preis in dem gleichen Zeitraum von 30 auf 27 Pf. für das Liter zurückgegangen, bei inländischer Molkereibutter von 4,20 auf 3,90 M. für das Kilo.

Im ganzen ist also das Ergebnis keineswegs ungünstig. Wenn die Stabilität der Erzeugerpreise noch nicht erreicht ist, so liegt das nur daran, daß man vor allem in der Getreidewirtschaft den von der Sozialdemokratie gewiesenen Weg nicht entschlossen weitergegangen ist.

Für die Verbraucher ist keine Mehrbelastung eingetreten;

gegen die Ueberverteilung durch den spekulativen Handel müssen sie sich allerdings durch die stärkere Förderung der Genossenschaftsbewegung zur Wehr setzen.

In diesem Zusammenhang muß jedoch eine andere Frage gestreift werden. Haben sich die Lebenshaltungskosten für die arbeitende Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahren so erhöht, daß wir vor einer Verelendungskatastrophe stehen, wie in der kommunistischen Presse behauptet wird?

Dazu einige Tatsachen: Wenn man die bis vor wenigen Monaten vorhandene Steigerung der Lebenshaltungskosten ins Verhältnis zur Steigerung der Löhne setzt, um auf diese Weise den Reallohn zu ermitteln, so erfährt man nach den amtlichen Ermittlungen, die von den Untersuchungen der Gewerkschaften im allgemeinen bestätigt werden: der Reallohn konnte im Jahre 1927 um 3,6 Proz. und im Jahre 1928 um 6,9 Proz. gesteigert werden; im Jahre 1929 dürfte die Steigerung noch 4 bis 5 Proz. betragen haben.

Dieses Bild wird jedoch sehr ungünstig beeinflusst durch den Ausfall an Löhnen, den die gesamte Arbeiterklasse durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit erlitten hat. Dabei ist wiederum zu berücksichtigen, daß dieser Ausfall dank dem System der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge wie der allgemeinen öffentlichen Fürsorge, doch wieder wesentlich herabgedrückt werden konnte.

Wir kommen zu folgender Schlussfolgerung: Es bleibt noch viel zu tun übrig, um die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen entscheidend zu verbessern, ohne dabei die berechtigten Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger zu schädigen. Die Gewerkschaften stehen mitten im Kampfe um eine Erhöhung des Anteils der Arbeiterschaft an den Erträgen der Wirtschaft. Die Sozialdemokratie stärkt durch ihre politische, sozialpolitische und finanzpolitische Arbeit die Grundlagen für diesen Kampf. Der entscheidende Grund aber dafür, daß in diesem Kampfe nicht schnellere und größere Erfolge erzielt werden, ist die Zersplitterung der Arbeiterklasse, ist die selbstmörderische Tattat, die die kommunistische Partei dem Proletariat empfiehlt.

geschafft der über mangelnde Kapitalbildung klagenden Schwerindustrie, von denen man nicht weiß, woher die Millionen kommen.

Friedrich Flied ist aus der siegerländischen Industrie hervorgegangen und stützte sich lange Zeit auf die Charlottenhütte bei Siegen, die später in den Kreis des Ruhrtrufes einbezogen wurde. In den Nachkriegsjahren war Friedrich Flied ohne Zweifel neben Hugo Stinnes und Hugenberg einer der größten Inflationsgewinner. Sein Inflationslegen läßt sich zahlenmäßig kaum darstellen. Um diese Zeit stützte Flied auch Fuß in der polnischen Eisenindustrie, wo er neben den nordamerikanischen Harrimanontoren zu den ausschlaggebenden Finanziers gehört. In Deutschland selbst drang Flied in die Domäne Emil Rirdorfs, in die Gelsenkirchener Bergwerke u. G. ein. Die Aktivität Gelsenkirchens (Stückstoffpläne, Aufkauf der Essener Steinkohle usw.) ist auf den Latendrang Flieds zurückzuführen. Durch die Verbindung Flied — Charlottenhütte — Gelsenkirchen — Phönix entsteht ein neues Rammungebilde in der Schwerindustrie, das nicht nur den Ruhrtruf beherrscht, sondern auch sonst seinen Einfluß (polnische Rantanindustrie) geltend machen wird.

Die Vormachtstellung Flieds im Ruhrtruf wäre auch von sozialpolitischer Bedeutung. Man sprach eine Zeit lang davon, Böglar vom Ruhrtruf in den Ruhestand zu schicken, weil er krank sei und nicht die nötige soziale Härte habe. Aus diesen Plänen wurde nichts. So scheint jetzt Flied mit der Erwerbung von Phönix sein Ziel erreichen zu wollen.

Labours Kohlengesetz.

Verstärkter Preischutz der Verbraucher.

Das neue Kohlengesetz der Labour-Regierung, das die seit Jahren schon fällige Nationalisierung des britischen Bergbaues in Fluß bringen soll, wird dem englischen Parlament in wenigen Wochen zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden.

Nach Londoner Meldungen wird in dem neuen Kohlengesetz über dessen ursprüngliche Fassung wir bereits eingehend berichtet haben, ein weit schärferer Verbraucherschutz verankert werden, als es nach der ersten Vorlage den Anschein hatte. Bisher sah das Gesetz eine Preiskontrolle durch eine Kommission vor, der zwei Unternehmer, zwei Arbeitervertreter und zwei Konsumenten, sowie ein unparteiischer Vorsitzender angehören soll. Bei einem Konflikt zwischen der Politik der Kohlenindustrie und dieser Kommission sollte bisher nach dem Gesetz dem britischen Handelsamt, das unserm Reichswirtschaftsministerium entspricht, die endgültige Entscheidung zufallen.

Nach der neuen Gesetzesfassung, die auch die Unterjüngung der Liberalen findet, soll die Kontrollkommission in der Lage sein, auch dann ein neutrales Schiedsgericht anzurufen, wenn die Kohlenpreise der jeweiligen Wirtschaftslage nicht entsprechen. Im Interesse der Verbraucher wird also dieser Kontrollkommission nicht nur die Prüfung bei eventuellen Preiserrhöhungen zugestanden, sondern darüber hinaus auch die Befugnis zur Preislenkung. Im Falle eines Konfliktes zwischen der Kommission und den Zeichenbesitzern kann die Kontrollkommission ein neutrales Schiedsgericht anrufen, das die endgültige Entscheidung trifft. Falls sich die Unternehmer der Entscheidung dieses neutralen Schiedsgerichts nicht fügen, wird die Regierung die von dem Schiedsgericht getroffenen Entscheidungen erzwingen. — Die Labour-Regierung läßt also kein Mittel außer acht, um eine durch die Syndikatsbildung im britischen Kohlenbergbau mögliche Preisdiktatur auf dem englischen Inlandsmarkt von vornherein abzuwehren.

Der Bierabfah wächst. Nach „Wirtschaft und Statistik“ hat sich die im deutschen Zollgebiet verkehrte und steuerfrei abgelassene Biermenge von April bis Juni 1929 auf 15,31 Millionen Hektoliter gegen 14,65 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres und von Juli bis September auf 17,73 Millionen gegen 16,81 Millionen Hektoliter erhöht. Das ist von April bis September eine Steigerung des Bierverbrauches der Brauereien um 1,58 Millionen Hektoliter oder um 5 Prozent.

Silberberg-Braunkohle schränkt wegen des milden Wetters die Arbeit ein. Die von Paul Silberberg beherrschte Rheinische u. G. für Braunkohlenbergbau und Zementfabrikation, die größte und reichste deutsche Braunkohlengesellschaft, schränkt wegen des milden Wetters die Förderung und Brückentierung durch Zwischenschaltung neuer Förderschichten weiter ein, da bei Vordurchhaltung der gegenwärtigen Produktion etwa 20 Proz. der gefördert Braunkohle gestapelt werden müßten.

Auch im Dezember schlechter Zementabfah. Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, ist der Zementabfah im Dezember gegenüber dem Vormonat sehr scharf von fast 500 000 auf nur 305 000 Tonnen zurückgegangen. Der Abfah liegt auch um 15 000 Tonnen unter den Verkaufsziffern vom Dezember 1928. Berücksichtigt man das außerordentlich günstige Baumwetter, so ist der Unterschied gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres, wo im November noch ein Abfah von 556 000 Tonnen erzielt werden konnte, bedenklich groß. Jedenfalls läßt dieser Rückfah in der Zementindustrie erkennen, wie hart die Bauwirtschaft durch die Inaktivität auf dem Kapitalmarkt in ihrer Tätigkeit gedrosselt worden ist.

Ueber 18 000 Zusammenbrüche im letzten Jahre. Die Zahl der Konkurse hat im Monat Dezember weiter zugenommen. Es betrug 881 gegen 813 im November und 840 im Vormonat. Insgesamt ergaben sich, die mangels Masse abgelehnten Konkurse mit einbezogen, für das letzte Jahr 13 095 Konkurse und 4940 Versteigerungsverfahren gegenüber 10 595 Konkursen und 3147 Versteigerungsverfahren im Jahre 1928. Die Konkurse haben sich also gegenüber dem Vorjahr um 24 Proz., die Versteigerungsverfahren um 57 Proz. gesteigert.

Die Passivität des französischen Außenhandels wächst. Nach einem Bericht der französischen Zollverwaltung ist im vergangenen Jahre gegenüber 1928 der Wert der französischen Einfuhr um 4,8 Milliarden auf 58,3 Milliarden Franken, die Einfuhrmenge um 108 000 auf 59,4 Millionen Tonnen gestiegen. Der Wert der Ausfuhre ist um 1,3 Milliarden auf 50,1 Milliarden Franken, die Ausfuhrmenge um 1,24 Millionen Tonnen auf 39,80 Millionen Tonnen gesunken.

Bata stellt neue Arbeiter ein. So lautet eine Meldung aus der Lichopolowatzel, nach der Bata mit dieser Vergrößerung seines Personals die angekündigte planmäßige Erweiterung der Produktion vornimmt.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat die auf der letzten Reichsverbandstagung in Berlin gehaltenen Vorträge über „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, sowie „Steuer- und Finanzpolitik“ von Müller-Derlinghausen bzw. Dr. Paul Silberberg in Druck erscheinen lassen.

Das Reich im Geldmarkt.

Kreditbeschaffung durch Verkauf von Schahenweisungen.

Das Reich wird nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer nicht nur Ende März noch erhebliche Ultimokredite brauchen, sondern auch später zur Rückzahlung fälligwerdender Kreditverpflichtungen. Auf die sehr große Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes haben wir mehrfach hingewiesen. Diese Flüssigkeit des Geldmarktes nützt das Reich aus, indem es von der Reichsbank sogenannte ungerzinsliche Schahenweisungen verkaufen läßt. Die Schahenweisungen heißen ungerzinslich, weil die zu zahlenden Zinsen für den in Anspruch genommenen Kredit im voraus abgezogen werden (Diskont) und nicht erst nachher zur Anrechnung kommen. Die Schahenweisungen laufen bis zum 15. Januar 1931, also ungefähr auf ein Jahr; der Kredit wird zu 7 Proz. gegeben, so daß die auszahlende Kreditsumme, da die Zinsen vorweg abgezogen werden, sich etwa mit 7 1/2 Proz. verzinst. Das ist der Preis, den das Reich für diesen Kredit zu zahlen hat. Wiesent Geld das Reich auf diesem Wege in seine Kassen bekommt, das hängt natürlich von der Summe von Schahenweisungen ab, die die Reichsbank bei ihrer Aumbilhaft verkaufen kann. Was das Reichsfinanzministerium hier macht, ist eine ganz normale Geldbeschaffung zu vorübergehender Kassenstärkung, die schon immer üblich war. Die neu ausgegebenen Reichschahenweisungen können von den Erwerbemern übrigens bei der Reichsbank wieder und auch ins Ausland verkauft beliehen werden, während jene 330 Millionen Schahenweisungen, die Ende Dezember ausgegeben worden sind, ins Ausland nicht weitergegeben werden dürfen.

Ueberflüssige Schuhzölle.

Starke Verbesserung der Schuhhandelsbilanz.

Der Reichstag hat nach kurz vor Schluß des vergangenen Jahres eine Erhöhung der Schuhzölle beschlossen, und zwar gegen die Sozialdemokratie. Die Entwicklung des Schuhhandels zeigt deutlich, daß die ablehnende Haltung berechtigt war.

Im Monat Dezember wurden nur rund 86 000 Paar Lederschuhe eingeführt gegenüber rund 107 000 Paar im Dezember 1928. Das entspricht einem Rückgang von 20,1 Proz. Die Ausfuhre ist gegenüber Dezember 1928 von 159 000 auf 255 000 Paar oder um rund 60 Proz. gestiegen.

Im ganzen Jahre 1929 wurden 2,15 Millionen Paar Lederschuhe eingeführt gegen 4,21 Millionen Paar im Jahre 1928, was einen Einfuhrrückgang von fast 50 Proz. bedeutet. Die Ausfuhre betrug 2,75 Millionen Paar, überschreitet also sehr erheblich die Einfuhr und bedeutet gegenüber dem ganzen Jahre 1928 mit 1,99 Millionen Paar eine Steigerung von 38 Proz. Dem Werte nach ergibt sich 1929 nach einer Einfuhr von 2,14 Millionen Paar und einer Ausfuhre von 30,3 Millionen Mark eine Aktivität des deutschen Schuhhandels von rund 8,9 Millionen Mark.

„Cofin“-Roggen.

Ein neuer Versuch zur Roggenpreisstützung.

Wie gemeldet wird, ist sogenannter Cofin-Roggen versuchsweise in den Handel gebracht worden, um zu erproben, ob dieser nur für Futtermittel berechnete Roggen Käufer findet. Aus der Vorkriegszeit ist die sogenannte Cofin-Gerste bekannt, die rot gefärbt wurde, um ihre Verwendung ausschließlich zu Futtermitteln sicherzustellen. Diefelbe Cofin-Färbung ist hier auch für Roggen vorgenommen worden. Der Roggen wird denaturiert, weil er zu billigeren Preisen als der Weizen verkauft werden soll. Die Verbilligung des Cofinroggens ist als eigenes Mittel der mit der Roggenpreisstützung betrauten Stellen erfolgt und nicht mit Reichsmitteln. Die Behauptung des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse in einer Eingabe an das Reichsfinanz- und Reichsernährungsministerium, daß Reichsgelder verwendet worden seien, ist also falsch. Wenn dieser Weg der Stützung des Roggenmarktes sich als gangbar erweisen sollte, so sollen vor der Ergreifung endgültiger Maßnahmen mit dem Getreidehandel Vereinbarungen getroffen werden.

Friedrich Flied Herr der Ruhr.

Scharfmacherische Konsequenzen?

In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie scheint eine äußerst wichtige Umgruppierung bevorzustehen. Nach Mitteilungen, die demontiert wurden und deshalb zutreffen dürften, wird die Mehrheit des Phönixkonzerns (Kapital 205 Millionen Mark) aus den Händen der Otto-Walß-Gruppe auf den Generaldirektor Friedrich Flied übergehen. Wie die Phönixaktien bezahlt werden sollen, darüber liegen bestimmte Nachrichten nicht vor. Es handelt sich also wieder einmal um ein Millionen-

